

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 2. April 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Resultate der Arbeitslosen- zählungen,

welche Zählungen am 14. Juni und am 2. Dezember 1895 im Deutschen Reich vorgenommen sind, haben wir unsern Lesern bereits Ende Dezember vorigen Jahres ausführlich dargelegt. — Es ist ja bekannt, und wird auch gegenwärtig von niemand mehr bestritten, daß diese Arbeitslosenzählungen, namentlich infolge unverständlicher oder zweideutiger Fragestellung, nicht so vollständig gelungen sind, wie man es wohl hätte wünschen mögen.

Man kann nicht annehmen, daß man die Zahl der Arbeitslosen im sozialpolitisch allein wichtigen Sinne absolut richtig erfasst hat. In diesem Sinne läme es darauf an, zu erfahren, wieviel Arbeitslose vorhanden waren, die sowohl die körperliche Fähigkeit wie den Willen haben, ihnen angebotene Arbeit sofort zu übernehmen. Man wünscht also zu erfahren, wie viel arbeitswillige Arbeiter durch wirtschaftliche Ursachen zur Arbeitslosigkeit verdammt sind. Wenn sich dagegen in den 1895 gewonnenen Zahlen auch solche Fälle befinden, in denen sich Erwerbsunfähige, Altersschwache, Krüppel, in der Berufsorbereitung begriffene u. als „Arbeitslose“ bezeichnet haben; — wenn sich andererseits viele nicht als „arbeitslos“ bezeichnet haben, die sich durch Gelegenheitsarbeiten, Hausindustrie, Hausgewerbe in etwas über die drückendste Noth hinweg zu helfen suchen, in Wirklichkeit aber fast völlig arbeits- und erwerbslos sind, andere, die der Ausweisung unseres humanen Unterstützungswohnsitz-Gesetzes oder des Hauseigentümers nicht verfallen möchten, ferner wandernde Arbeitslose“ u. — wenn alle derartigen Irrthümer unterlaufen sind, so kann man sich nicht wundern, daß die gewonnenen Resultate vorläufig nur allgemeine Einblicke in die Verhältnisse gewähren, die einzelnen Zahlen aber keinen Anspruch auf mathematische Richtigkeit haben. Außerdem ist auch immer wieder daran zu erinnern, daß das Jahr 1895 schon einen abnormen wirtschaftlichen Aufschwung zeigte, und daß eine wenige Jahre früher vorgenommene Arbeitslosenzählung ganz bestimmt eine wesentlich höhere Arbeitslosenzahl gezeigt hätte.

Was zukünftige ähnliche Zählungen betrifft, so werden die in der Methode der Zähltechnik liegenden Fehler dann hoffentlich vermieden. Hinsichtlich der 1895er Zählung haben sich eine ganze Reihe deutscher Städte bemüht, durch Nachprüfung, auch durch nachträgliche Erhebungen mittels eigener Zählkarten das Material möglichst zu berichtigen oder auch zu erweitern und zu ergänzen. Es sind hier zu nennen Dresden, Leipzig, Magdeburg, Berlin, Hamburg, Lübeck, Stuttgart und Straßburg. Dieses ganze Material ist zusammen mit dem vom Statistischen Amt veröffentlichten jetzt in einem sehr instruktiven

Aussatz des Professors Dr. Georg Schanz (Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, 1897, drittes Heft) bearbeitet, aus dem wir den Lesern im nachstehenden einzelnes aus den interessantesten Ergebnissen mittheilen wollen.

Das Gesamtergebnis der beiden Zählungen stellte sich, um dies zu rekapitulieren, folgendermaßen:

	14. Juni 1895	2. Dezember 1895
Gesamte (eigentliche) Arbeitslose	179 004	553 640
Davon männlich	132 787	400 017
Davon weiblich	46 267	153 623
Gesamtzahl der Arbeitslosen inkl. der wegen Krankheit Arbeitslosen	299 352	771 005
Davon männlich	218 603	553 578
Davon weiblich	80 749	217 427

Im folgenden ist immer nur von den eigentlichen, gefunden und arbeitsfähigen Arbeitslosen die Rede. Die Differenz zwischen der Winter- und der Sommerzählung betrug für den Winter ein Plus an Arbeitslosen von 374 636. Professor Schanz weist nach, daß fast dieses ganze Mehr an Arbeitslosigkeit eben durch das kältere Klima des Winters herbeigeführt wird. Die größere Arbeitslosenzahl, die sich im Winter ergeben hat, treffe solche Gewerbe, deren Ausübung durch die Wintertemperatur erschwert oder verhindert werde. Er führt 34 solcher Erwerbsgruppen an, von denen wir im nachstehenden diejenigen wiedergeben, die im Winter 1895 mehr als tausend Arbeitslose zeigten: Landwirtschaft 153 139, Gärtnerei 5177, Forstwirtschaft 3225, Steinmetzen 2831, Steinbrüche 1290, Ziegelei, Thonvöden 13 073, Töpferei 1477, Baumunternehmung 21 043, Maurer 79 918, Zimmerer 15 372, Stubenmaler 16 620, Studienteure 2135, Dachdecker 3799, Steinsetzer 3767, See- und Küstenschiffahrt 3964, Binnenschiffahrt 4229. Zusammen hatten die 34 von der Witterung beeinflussten Erwerbsgruppen im Sommer eine Arbeitslosigkeit von 42 463, im Winter aber eine solche von 385 776, im Winter also ein Mehr von 343 313. Vergleicht man dazu die obige Angabe, wonach die beiden Zählungen für den Winter für alle Gewerbe ein Plus von 374 636 ergeben hat, so sieht man, daß in der That fast die ganze größere Winter-Arbeitslosigkeit den vom Klima abhängigen Gewerben zur Last fällt. — Eine größere Sommer-Arbeitslosigkeit zeigen 49 Gewerbe, wobei es sich freilich um wesentlich kleinere Zahlen handelt. Dahin gehören Buch-, Zink-, Steinbrüche, Buch-, Kunst- und Musikalienhandel, Zeitungsverlag und Zeitungsspedition, eine Reihe Textilzweige, die Kürschnerei u. Die Höhe der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufsgruppen scheint uns die nachstehende Tabelle recht anschaulich wiederzugeben:

	14. Juni 1895			2. Dezember 1895		
	Arbeiter überhaupt	Arbeitslose	Prozentsatz der Arbeitslosigkeit	Arbeiter überhaupt	Arbeitslose	Prozentsatz der Arbeitslosigkeit
I. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei, Thierzucht, Fischerei	5 724 026	19 204	0,33	5 776 688	162 472	2,80
II. Industrie, Bauwesen, Bergbau, Hüttenwesen	6 506 845	97 782	1,53	6 566 712	274 625	4,18
III. Handel und Verkehr	1 494 954	26 180	1,75	1 508 708	41 994	2,78
IV. Häusliche Dienste, Lohnarbeit wechselnder Art	1 771 807	30 907	1,74	1 788 108	68 423	3,83
V. Staats-, Gemeinde- und Kirchendienst, freie Berufsarten	649 039	4 981	0,76	655 010	6 126	0,93
	16 146 671	179 004	1,11	16 295 226	553 640	3,40

Die niedrigste Arbeitslosigkeit (unter 1% pEt. im Durchschnitt der Winter- und Sommerzählung) hatten folgende Betriebsgruppen: Post und Telegraph 0,14, Eisenbahn 0,15, Kirchendienst, religiöse Anstalten 0,24, Erziehung, Unterricht 0,33, Privatgelehrte, Schriftsteller, Journalisten 0,41, Reichs-, Staats-, Gemeindedienst 0,45, Verfertigung von Korsets 0,45, Erzeugnis 0,47, Spielwaren aus Porzellan, Glas, Thon 0,48, Hüttenbetrieb 0,5. Die höchste Arbeitslosigkeit hatten dagegen bei der Winterzählung: Zimmerer 9,36, Buchmachei 6,41, Kleiderreiner, Kammerjäger u. 11,11, Privatsekretäre, Schreiber 6,91, Ofensetzer 4,82, Binnenschiffahrt 11,78, Handelshilfsgewerbe, Schauerleute 7,92, See- und Küstenschifferei 14,54, Tapezierer 10,91, Maler und Bildhauer 13,52, Dachdecker 17,18, Studienteure 17,52, Stubenmaler 17,31, Maurer 18,71, Fabrikarbeiter ohne nähere Bezeichnung 18,19, Steinsetzer 21,90, wechselnde Lohnarbeit 20,83, See- und Küstenschiffahrt 27,51. Das sind wahrhaft ungeheure Zahlen! — Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit läßt sich bekanntlich aus den reichsstatistischen Zahlen nur unvollkommen berechnen. Für Berlin stellt sie sich nach einer durch die nachträglichen Ermittlungen ermöglichten Berechnung auf 39 Tage. Dabei stellte sich hier bei der Winterzählung die Arbeitslosenzahl auf 36 889. Und jeder von diesen hatte eine Hungerkur von ca. 40 Tagen!

Daß die größten Städte auch die größte Arbeitslosigkeit haben, ist ja bekannt. Nur ein paar seien hier aufgeführt. Berlin hatte am 2. Dezember 1895 von je 1000 Arbeitern Arbeitslose 65, Hamburg 71, Breslau 57, Magdeburg 63, Hannover 50, Königsberg 79, Altona 98, Straßburg i. E. 78, Danzig 93, Charlottenburg 59, Halle 58, Braunschweig 51. Professor Schanz sieht sich übrigens gezwungen, zuzugeben, daß die sozialdemokratische Arbeitslosenzählung im Jahre 1892/93 besser

gewesen zu sein scheint, als ihr Ruf, wenigstens insofern, als keineswegs die gewerkschaftlichen Ziffern (im Verhältnis zu den Ziffern der Reichsstatistik) in allen Fällen übertrieben groß ausgefallen sind.

Wir müssen uns des beschränkten Raumes halber versagen, noch mehr der interessanten Einzelheiten und Berechnungen vorzuführen. Eingehen aber müssen wir noch auf die von Schanz gemachten Ausführungen betreffend den Werth der beiden Arbeitslosenzählungen für die Frage der Arbeitslosen-Versicherung. Er macht den folgenden rechnerischen Versuch:

Die zwei Zählungen lieferten 179 004 und 553 640 eigentliche Arbeitslose, durchschnittlich 366 322. Nimmt man an, daß dieser Durchschnitt aus dem Sommer- und Winterbestand ungefähr der mittleren Jahres-Arbeitslosigkeit entspreche und daß jedem Arbeitslosen täglich 1 Mark zu verabreichen sei, so wäre der nötige Gesamtanfang 366 322 x 365 = rund 134 Millionen Mark jährlich. Bei der Sommerzählung waren 16 146 671 Arbeiter vorhanden, nach Abzug der Arbeitslosen 15 780 349. Sollen diese 15 7/10 Millionen Arbeiter den obigen Aufwand allein decken, so treffen auf jeden Arbeiter 8,47 M. jährlich oder per Woche 16 Pf. Hierin liegen noch keine Verwaltungskosten, auch ist nicht zu vergessen, daß das Jahr 1895 besonders günstig war und in schlechteren Jahren die Arbeitslosenzahl bedeutend anschwellen wird. Andererseits sei nicht die ganze Arbeitslosenzahl unterstützungsberechtigt. Es fielen fort, die ihre Stellung selbst ausgegeben haben, die die Karenzzeit noch nicht hinter sich, oder die festgesetzte Unterstützungszeit bereits überschritten haben u. Durch alles das könne die effektiv zu unterstützende Zahl vielleicht auf die Hälfte der Gesamtzahl der Arbeitslosen herabfallen. Und man könne vermuthen, daß, ähnlich wie bei der Krankenversicherung, bei

einem Aufwand von 80 Pfennig pro Woche und Arbeiter die Arbeitslosenversicherung finanziell gedeckt sei.

Was hierzu etwa von unserem Standpunkt aus zu sagen wäre, wollen wir heute, wo es nur darauf ankommt, die jedenfalls interessanten Ausführungen des Professor Schanz wiederzugeben, auf ein anderes Mal zurückstellen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 1. April 1897.

Der Reichstag führte heute, bei der gleichen schwachen Beteiligung des Hauses wie gestern, die Beratung über die Handwerker-Vorlage zu Ende. Die Debatte hatte sich erschöpft und so boten die Reden heute noch weniger Interessantes. Abg. Paduade (rsf. Vg.) tröstet sich über den Untergang des Handwerkerstandes damit, daß er das Emporkommen eines neuen Mittelstandes sieht, der sich aus dem technischen Personal, Vorarbeitern und Werkführern der Großindustrie rekrutiert. Der preussische Handelsminister B r e f e l d brachte sodann eine lange Empfehlung der Vorlage, in der er sich mehr damit beschäftigte, ganz überflüssigerweise nachzuweisen, daß der Entwurf seines Vorgängers des Herrn v. B e r l e p s ch nicht durchführbar sei. Er wünscht, daß der Reichstag noch in dieser Session die Vorlage verabschieden möge, und stellt der preussischen Regierung das Zeugniß aus, daß sie bisher im Gegensatz zu Süddeutschland sehr wenig für das Handwerk gethan habe. Er verspricht seinerseits eine Besserung einzutreten zu lassen, denn der Handwerkerstand dünkt ihm eine Stütze für Thron und Altar. Der Abg. Euler vom Zentrum plädierte für die obligatorischen Innungen und will diese zu einer christlich-patriotischen Macht gestalten. Er begnügt sich aber auch mit dem vorläufig Gebotenen. Herr V i e l h a b e n (Reform-V.) passierte wieder einmal das Mißgeschick, seine Rede nicht beenden zu können, da der Präsident in derselben keinen Zusammenhang mit der Vorlage finden konnte. Vielen Mitgliedern im Hause kam die Rede recht bekannt vor. Bei der Diskussion über die Bäckereiverordnung hatte der Reichstag das Vergnügen, schon einen Theil zu hören, und man behauptet, daß in einer Hamburger Volksversammlung Herr Vielhaben die Rede schon ganz gehalten habe. Da der Redner von seinem Konzept nicht abweichen wollte und von der Tribüne zurücktrat, ohne zu erklären, wie sich seine Partei zu der Handwerker-Vorlage stellt, so mußte nachträglich Herr L i e b e r m a n n das Veräumte nachholen. Die Abg. V e n o i t und B e c h (rsf.) begründeten ihren ablehnenden Standpunkt, wobei der letztere sich eine Kurempelung des Bauernbündlers H i l p e r t zu schulden kommen ließ, worauf ihm die entsprechende Abweisung zu theil wurde. Von unserer Seite kam der Genosse R e i s h a u s zu Wort, der den Innungsschwärzern bei ihrem Lob über die Leistungen dieser Korporationen entgegenhielt, was die Arbeiterorganisationen für Wohlfahrtseinrichtungen ihrer Mitglieder aufzuwenden. Dabei fiel der Vergleich sehr zu Ungunsten der Innungen aus, die, wie unser Redner sehr treffend bemerkte, die gute Ausbildung der Gesellen und Lehrlinge nur im Munde führen, aber nie zur That werden lassen.

Morgen stehen Initiativanträge auf der Tagesordnung, u. a. der Antrag der Antisemiten auf Einführung der konfessionellen Eidesformel und Aufhebung des Jesuitengebotes.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte heute zunächst die zweite Etatsberatung fort und erledigte die Etats der Staatsarchive und der Zentral-Genossenschaftskasse. Dieses Institut, das bekanntlich eine Schöpfung des Finanzministers Dr. v. M i q u e l zu gunsten der Landwirtschaft ist, hat, wie aus der heutigen Debatte hervorgeht, in der kurzen Zeit seines Bestehens der Landwirtschaft großen Nutzen gebracht, während es für das Handwerk, dem es ebenfalls an die Beine helfen sollte, völlig nutzlos geblieben ist. Infolge dessen sprachen die Herren von der Rechten dem Minister ihren Dank für sein Eintreten für die Landwirtschaft aus, indem sie zugleich in gewohnter Bescheidenheit eine weitere Erhöhung des Grundkapitals in Anregung brachten. Diesen Wunsch kann der Minister vorläufig noch nicht erfüllen, er tröstete aber seine Freunde mit dem Versprechen, daß er, wenn die Entwicklung in der bisherigen Weise weiter ginge, selbst von der Nothwendigkeit einer Erhöhung des Grundkapitals für das nächste Jahr durchdrungen sei. Wegen die Erhöhung sprach sich Abg. P e r i n s (rsf. Vp.) aus, der auch die geringen Geschäftsergebnisse bemängelte, und vor allem eine genaue Statistik verlangte. Die Erfüllung dieses Wunsches wurde seitens des Ministers zugesagt.

Hierauf trat das Haus in die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr. eine Städte-Ordnung und eine Landgemeinde-Ordnung für Hessen-Rassau. Die Kommission hat die von Mitgliedern der verschiedensten Parteien in Hessen-Rassau ausgesprochenen Wünsche und die zahlreichen Petitionen völlig unberücksichtigt gelassen und nicht nur die reaktionären Bestimmungen der Regierungsvorlage gut geheißt, sondern theilweise noch reaktionärer gestaltet. So ist gegenüber der Regierungsvorlage, die einen einjährigen Aufenthalt als Vorbedingung für die Erwerbung des Bürgerrechts verlangt, ein zweijähriger Aufenthalt in einer Gemeinde beschlossen; das Dreiklassen-Wahlrecht ist beibehalten, die Bürgermeister werden nicht, wie es nach altpreussischem Kommunalrecht Sitte ist, von den Stadtverordneten allein, sondern in gemeinsamer Sitzung der Stadtverordneten und des Magistrats gewählt. Ferner kann in den Städten die Wahl der Bürgermeister auf Lebenszeit erfolgen, in den Landgemeinden auf acht Jahre, und falls es sich um einen besoldeten Bürgermeister handelt, sogar auf zwölf Jahre. Die Stadtverordneten-Vorsteher werden nicht, wie es die Regierungsvorlage beabsichtigte, auf ein Jahr, sondern stets auf zwei Jahre gewählt.

In der heutigen Debatte traten die Redner der Konservativen die Abg. v. Pappenheim und Dr. Schilling, sowie Abg. Christen (St.) durchweg für die Kommissionsbeschlüsse ein, obgleich auch die hochgradige Erregung über diese Vorlage in den be-theiligten Provinzen zugehen mußten. Bei der Zusammenfassung des Hauses fehlen den beiden konservativen Parteien nur wenige Stimmen an der absoluten Mehrheit und so wurden denn alle Verbesserungsanträge abgelehnt. Hierin sind zu rechnen ein Antrag Sauerer (natl.) auf Erwerb des Bürgerrechts durch einjährigen Aufenthalt, ein Antrag Stephan (Z.), wonach das Bürgerrecht nicht, wenn ein Bürger innerhalb sechs Monate nach erfolgter Wahlung die Gemeinde-Abgaben nicht bezahlt hat, während die Vorlage diese Frist auf acht Tage beschränkt, und ein Antrag Cahenly (Z.) auf Streichung der Bestimmung, daß dem Fiskus das Gemeinde-Wahlrecht zusteht, wenn er einen höheren Betrag an Gemeindesteuern zahlt, als einer der drei Höchstbeträgen in der Gemeinde an direkten Staats- und Gemeindesteuern zusammen-gerechnet.

Recht unglücklich war die Bemerkung des Abg. v. Pappenheim (L.), daß die Beratung der Vorlage unter günstigen Vorbedingung beginne, da heute Fürst Bismarck seinen Geburtstag feiere. Der Redner scheint nicht zu wissen, daß gerade Fürst Bismarck sich am schärfsten gegen das Dreiklassen-Wahlrecht, das auch hier wieder eingeführt wird, ausgesprochen hat.

Morgen wird die Beratung fortgesetzt.

Jeder Vergleich unserer politischen Zustände mit denen anderer Kulturländer fällt zu unserem Nachtheile aus. Bekanntlich ist es ein Lieblingswort unserer nationalen Pharisäer, daß wir eine festere Regierung und stabilere Zustände haben, als die Länder mit parlamentarischen Regierungen. Ein Blick auf die Ereignisse zeigt das unrichtige dieser Behauptung. Es giebt — kaum mit Ausschluß der Türkei — gegenwärtig kein Land, in welchem die Regierung so unsicher und so unsicher ist, als in Deutschland. Seit dem Sturze Caprioli's aus jener bekannten mittelalterlichen Hofsage sind wir in fortwährender Regierungskrise. Die verschiedenen Minister-Resorts arbeiten gegeneinander (s. Beckert-Lühov-Prozess); der oberste Beamte, der titular das Steueruder führt, ist jeden Augenblick in Gefahr, von unsichtbaren und unverantwortlichen Händen über Bord geworfen zu werden, und die Thätigkeit dessen, was euphemisch Regierung genannt wird, geht in dem berühmten Bickadners, der die Signatur des herrschenden Regierungssystems bildet. Jetzt wieder in der Marinefrage dieser klassische Bickad. Uferlose Pläne! Keine uferlosen Pläne! Uferlose Pläne! Unernehmene oder Kladderadatsch! Ablehnen und kein Kladderadatsch! — Ja, was kann es Bickadigeres geben? Ähnliches Hin- und Herschwanke haben wir selbst in Frankreich nicht erlebt, wo trotz des häufigen Wechsels der Regierungen doch eine gewisse Kontinuität des Regierens besteht.

Und nun die traurige Rolle, welche bei uns die Volksvertretung spielt! Vor einigen Tagen nahm der Reichstag zum neunten Mal mit großer Majorität den Diätenantrag an. Achtmal schon hatte er ihn mit gleich großer Mehrheit angenommen, und ebenso oft hat die Regierung den Diätenantrag abgelehnt. Ob ein Sperling auf dem Dach zwitschert oder ob der deutsche Reichstag eine Forderung stellt — die Regierung hat sich dadurch nicht aus dem Gleichgewicht bringen lassen. Auch der neunte Diätenbeschluß wird kein anderes Schicksal haben. Ist das ein Zustand, auf den wir stolz sein können? Müßten wir uns nicht schämen vor den Franzosen und Engländern?

Nicht weniger Grund haben wir, auf den Stand der öffentlichen Moral in unserer Vaterlande stolz zu sein. Wir brachten neulich schon das Verhalten der französischen Kammer und der deutschen Volksvertretung zu den Gründen in Parallele, und zeigten, wie wenig Ursache wir haben, uns über die Franzosen zu erheben. Heute wollen wir auf die Art und Weise hindeuten, wie der Hilde-sheimer Begnadigungs-Prozess im preussischen Abgeordnetenhaus behandelt worden ist. Niemand wird sagen wollen, die Erklärungen des Ministers der Justiz seien befriedigend gewesen. Allein das Abgeordnetenhaus gab sich zufrieden.

Als vor zwölf Jahren gegen Wilson, den Schwiegerohn des Präsidenten Greuv, ähnliche Beschuldigungen erhoben wurden, erzwang die französische Kammer die Niederlegung einer Untersuchungs-Kommission, welche die Wahrheit an den Tag brachte, und die Abdankung Greuv's, der den Praktiken seines sauberen Schwiegerohnes nicht mit nöthiger Energie entgegengetreten war, zur Folge hatte.

Wo ist da die größere „Moral“?

Zur Beurtheilung des preussischen Vereinsrechtes. Auf die Denunziation Bebel's gegen die Leitung des Bundes der Landwirthe, der konservativen und nationalliberalen Partei, hatte die Staatsanwaltschaft zwar den Antrag auf Einleitung des Strafverfahrens wegen Verletzung des Vereins- und Versammlungsgesetzes erhoben, die Strafkammer V am Landgericht I hat aber in allen drei Fällen die Erhebung der Anklage wegen Mangels an Beweisen abgewiesen.

Dadurch, daß die Staatsanwaltschaft die Sachen sofort zur Entscheidung der Anklagekammer brachte, ist ein weiteres Rechtsmittel ausgeschlossen. Eine Hausung, wie solche seinerzeit bei der sozialdemokratischen Parteileitung, den Vertrauensmännern etc. stattgefunden hat, ist seitens der Staatsanwaltschaft bei den in Voruntersuchung genommenen Personen der genannten Organisationen nicht beliebt worden und so war es natürlich, daß die Angeeschuldigten jede gesetzmäßige Handlung bestritten. Die Ungläubigkeit der Staatsanwaltschaft zeigt sich auch darin, daß die seitens des „Vorwärts“ wiederholt gegen die hiesigen konservativen Vereine erhobenen Denunziationen, im Widerspruch mit dem Gesetz in Verbindung getreten zu sein, Denunziationen, die sich auf bestimmte Thatsachen stützten, vollkommen unbeachtet geblieben sind. Würden die Staatsanwaltschaft und die zu ihren Diensten stehenden polizeilichen Hilfspersonen nur den hundertsten Theil der Aufmerksamkeit, die sie der Thätigkeit der Sozialdemokratie widmen, der Thätigkeit der bürgerlichen Parteien gewidmet haben, das Anlagematerial wäre so konkludent, daß es für die Angeeschuldigten kein Entinnen gab. Aber wir leben in einem Klassenstaat, das erklärt alles.

Die orientalische Frage. Aus Athen liegen heute die folgenden Meldungen vor:

Oberst Vassos übersandte dem König mittels optischen Telegraphen folgendes Telegramm, datirt Athen, 31. März: Entgegen den Versprechungen gestatteten die Admirale den Aufständigen, Kanonen in voller Rüstung zum Zwecke von Ueberzügen und Brandstiftungen zu verlassen, während jede That der Vertheidigung von Seiten der Christen ein Bombardement hervorruft. Gestern besetzten gemischte Truppenabtheilungen Anemali und versahen die im Blockhaus Kastell belagerten Türken mit Lebensmitteln. Die Admirale haben fälschlicherweise an ihre Regierungen telegraphirt, daß ich Grausamkeiten verübe und die Gefangenen von Malaza niedergemetzelt habe, daß ich ferner beabsichtige, Kamea

anzugreifen, trotz meiner feierlichen Erklärungen. Ich werde den Admiralen eine energische Protest-Erklärung übermitteln.

Vassos.

Für die am 25. März (alt. Stils) stattfindende Feier des Beginnes des Freiheitskampfes werden von den Studenten sowohl wie von den Bürgern große Vorbereitungen getroffen.

Die Russen setzten den Angriff gegen Fort Izmedin fort; die Kriegsschiffe begannen deshalb wiederum die Bombardement. Die Anständigen behaupteten ihre Stellung, bis der englische Panzer „Gampdown“ sie mit dem Feuer seiner schweren Geschütze zum Rückzuge zwang.

Das Wiener „Fremdenblatt“ meldet aus Petersburg:

Das englische Cabinet habe dort seine Zustimmung zu dem Vorschlage der Admirale, den Golf von Athen zu blockiren, angezeigt, unter der Voraussetzung, daß sich alle Regierungen daran beteiligen würden, was thatsächlich der Fall sei. Das russische Cabinet sei auch geneigt zur Nachsendung eines Bataillons und einer Batterie nach Kreta, in der Voraussetzung, daß die Mehrheit der Mächte ein Gleiches thun werde. Das „Fremdenblatt“ bemerkt, für die Verstärkung der Besatzungstruppen auf Kreta scheine nur die Zustimmung, nicht die gleiche tatsächliche Beteiligung aller Mächte die Vorbedingung zu bilden. Seitens Oesterreich-Ungarns sei ein weiterer Nachschub von Truppen nicht beabsichtigt.

Eine interessante Mittheilung, die auch in gewissem Zusammenhange mit dem Stande der orientalischen Frage steht, ist die Verlobung des jüngsten Bruders des ersten Fürsten von Bulgarien mit einer montenegrinischen Prinzessin. Die Anknüpfung von Beziehungen des Prinzen Franz Joseph von Battenberg mit einem der Balkanhöfe wird vor allem dem, in Bulgarien höchst unbeliebten Koburger sehr unangenehm sein. Vorläufig soll der Prinz als Generalgouverneur von Kreta Verwendung finden. Weiter wird er von Rußland gebraucht werden, um den Koburger Vernegroß in Sofia stets willfährig und gehorjam zu erhalten.

Mac Kintch's Programm nähert sich seiner Verwirklichung. Eine Depesche aus Washington meldet:

Das Repräsentantenhaus nahm mit 205 gegen 121 Stimmen die Tarifbill in der Schlussabstimmung an. Mit 201 gegen 159 Stimmen wurde beschlossen, daß die Bill am 1. April in kraft treten soll. Diese Bestimmung bezieht sich jedoch nicht auf Waaren, die sich auf der Ocean-Überfahrt befinden.

Auf die große Bedeutung der nun beginnenden egoistischen Schutzzollpolitik der Vereinigten Staaten für die meisten deutschen Exportindustrien und für unsere Arbeitsverhältnisse haben wir des öfteren schon hingewiesen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die erste Strafkammer des Landgerichts II den Arbeiter August Reichenbach von Rowames am Mittwoch von der Potsdamer Strafkammer zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Deutsches Reich.

Hollmann's Urlaub wird in der Presse allgemein als ein Vorläufer seines Rücktritts angesehen. Ist dem so, dann ist Admiral v. Tirpitz sein Nachfolger und dieser Personenwechsel bedeutet ein Beharren auf die vom Reichstag mit großer Majorität abgelehnten Marinepläne.

Wir hoffen, daß Tirpitz, der Uferlose, nicht mehr erreichen wird, als Hollmann, der Temperamentvolle.

Amnestie. Wie die „Danziger Zeitung“ aus Militärkreisen gehört hat, sind alle militärischen Strafen unter sechs Wochen vom Kaiser erlassen worden. Die von dieser Begnadigung betroffenen Strafgefangenen sind sofort auf freien Fuß gesetzt worden.

Kuherdem ist bekannt geworden, daß auch der wegen Duells inhaftirte Lieutenant von Contard begnadigt wurde.

Herr v. Miquel und der Bund der Landwirthe. In Ludwigshafen fand dieser Tage eine Versammlung des Bundes der Landwirthe statt, wobei sich ein Redner, Ludo-Petershausen, auf eine Aeußerung des Finanzministers Miquel über die heutigen Parteien, die er schon wiederholt für veraltet erklärt hat, berief. Herr Ludo erklärte:

Ich berufe mich hier auf einen berühmten Parteimann, den Herrn Finanzminister Dr. Miquel; dieser sagte mir vor wenigen Tagen: „Ja, Ludo, Sie haben ganz recht, die einzelnen Parteien sind veraltet, sie leben von der Vergangenheit, sie haben kein Programm, und das einzige Programm, das existirt, das hat der Bund der Landwirthe.“

Das einzige, was bei den Hülflingen des Bundes der Landwirthe die Freude über diese Aeußerung ihres Protektors trüben würde, ist die Wandelbarkeit der politischen Anschauungen des ehemaligen Kommunisten, Demokraten, Fortschrittlers, Nationalliberalen und gegenwärtigen Agrariers Miquel.

Der Innungs-Ausschuß der vereinigten Innungen Berlins hat durch seine ständige Deputation erklärt, daß die Stellungnahme des Abgeordneten Jacobs-Löcher den Anschauungen des organisierten deutschen Handwerkerstandes keineswegs entspreche und man gegen die Auffassung, als sei der Herr Abgeordnete berechtigt gewesen, im Namen des gesamten Handwerkerstandes so, wie geschehen, sich zu äußern, entschieden Verwahrung einlege; man sehe nach wie vor unverändert auf dem Boden des v. Berlepsch'schen Geschenkwerths und der Abänderungs-Beschlüsse der Handwerker-Konferenz vom 8. bis 10. September 1896.

In der Strafsache gegen v. Tausch und v. Lühov wird bestätigt, daß die Anklageschrift den Angeeschuldigten nunmehr zugestellt worden ist, nachdem die Staatsanwaltschaft die Akten mit dem Antrage auf Eröffnung des Strafverfahrens der Strafkammer eingereicht hat. Da die den Angeeschuldigten zur Erklärung gestellte Frist, dem Umfange des Beweismaterials entsprechend, ziemlich reichlich bemessen ist, so dürfte der Prozeß frühestens im Mai vor dem Schwurgericht zur Verhandlung gelangen. Wie früher schon gemeldet wurde, soll Herr v. Tausch des wiederholten Meineids und des Verbrechens im Amte, Freiherr v. Lühov nur der Urkundenfälschung bezichtigt sein. Herr v. Tausch soll völlig gebrochen sein. Unter den zahlreichen Zeugen, deren Vernehmung die Staatsanwaltschaft beantragt, befinden sich dem Vernehmen nach die früheren Minister v. Köller und v. Bronart, der Staatssekretär Freiherr v. Marschall, Polizeipräsident v. Windheim, der Geh. Legationsrath Dr. Hamann, der Dirigent der politischen Polizei Geh. Reg. Rath Muhl sowie eine Reihe von Journalisten, darunter die Herren Maximilian Harden und Dr. Liman.

Wom Münter. Die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Ztg.“ schreibt:

Vor kurzem wurde uns mitgetheilt, daß sich in einer Nervenkranke in Wiesbaden ein Mann unter dem Namen Klein befindet, der mit Münter identisch sei. Der frühere Berliner Hauswirth des Münter theilt uns nun mit, Münter sei zur Gendarmarie wieder zugelassen und in Ledow stationirt, befinde sich aber jetzt zur Kur auf Staatskosten in einer Wiesbadener Anstalt.

Ein Zentrumsführer als Arbeitgeber. Ueber die Zustände und Arbeitsverhältnisse auf der im Aufstade befindlichen Grube „Wolfgang“ schreibt Genosse Quis in der „Rhein-Westf. Arbeiter-Ztg.“:

Der Schreiber dieser Zeilen kennt die Grube aus eigener Anschauung und weiß, wie die Arbeitsverhältnisse dort sind. „Wolfgang“ gehört dem Zentrumsführer Graf Ballestrem auf Plawonitz, eine besonders starke Stütze der Ordnung und Sitte, welche Eigenschaft ihn aber nicht abhält, auf „Wolfgang“ die Belegschaft aus mehr als ein Hundert Frauen bestehen zu lassen.

Die Zentrumsblätter spüren immer gewissermaßen allen „Schlechtigkeiten“ der Sozialdemokratie nach. Zur Abwechslung wollen wir heute auch einmal einen echt frommen, waschechten Zentrumsführer als Arbeitgeber vorführen. Man lese sich gefälligst folgende Zahlen an.

1894		1895	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
667	123	663	140

Der edle Graf ließ seine Arbeiter verdienen:

1894		1895	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
pro Tag ganzes Jahr	2,81 M.	766 M.	0,95 M.
			264 M.

1895		1896	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
pro Tag ganzes Jahr	2,31 M.	741 M.	0,89 M.
			236 M.

Also trotz der hohen Beschäftigung im Jahre 1895 sank doch der Lohn der gräflich Ballestrem'schen Arbeiter und Arbeiterinnen! 1894 sowohl wie 1895 (für 1896 liegen uns noch keine amtlichen Zahlen vor) hielt sich der Durchschnittslohn der Ballestrem'schen Bergleute bedeutend unter dem schon ohnehin niedrigen Durchschnittslohn der ober-schlesischen Bergleute. Was sagen denn dazu die frommen Sozialpolitiker, die so forsch in der Organisation — der Ruhrbergleute machen? Sollte nicht in der Domäne des Zentrums eine Organisation der Arbeiter gegen ihren frommen Ausbeuter noch eher am Plage sein wie an der Ruhr?

Damit man nun nicht sagen kann, die Geschäfte des Herrn Grafen Ballestrem gingen schlecht, wollen wir den auf jeden seiner Arbeiter entfallenden Produktionswerth ebenfalls mittheilen. 1894 entfiel auf den Kopf jedes Ballestrem'schen Arbeiters der Wolfganggrube ein Produktionswerth von 1625 M.!! Von dieser Summe erhielt der männliche Bergmann 47 pSt., der weibliche 15 pSt. als Lohn! 1895 betrug der von jedem „Wolfgang“-Bergmann erzeugte Werth 1607 M. Die etwas gefallene Werthmenge wird aber wieder sehr günstig für den Grafen Ballestrem beeinflusst durch die im Jahre 1895 (siehe oben) stattgefundene Verringerung der „theuren“ männlichen Arbeiter und ihr Ersatz durch billige Frauen. Der prozentuale Antheil der Arbeitslöhne am Produktionswerth fiel aber 1895 bei den Männern auf 46 pSt., bei den Frauen auf 14 pSt.!! So bezahlt man im frommkatholischen „Gegenwärts“-Staat Oberschlesiens die Arbeiter!

Damit es den Helfern des Herrn Ballestrem nicht einfallen kann, und mit dem Einwand zu begegnen: „Ja, bezahlen denn die Ruhrzehen ihre Arbeiter besser? Der Graf Ballestrem bezahlt seine Arbeiter nach Lage der Konjunktur“ — so sei noch bemerkt, daß im Jahre 1895 auf den Kopf des Ruhrbergmanns ein Produktionswerth von 1774 Mark entfiel und der Lohn des Ruhrbergmanns 968 Mark = 54 pSt. seines Arbeitsvertrages ausmachte! Also bezahlen die „gottlosen liberalen Kapitalisten“ an der Ruhr doch wenigstens ihre Arbeiter noch bedeutend besser — absolut und verhältnismäßig — wie der frommkatholische Grubenadel in Oberschlesien. Da nun Herr Ballestrem und seine Freunde eine Menge billige Frauen beschäftigen, während im Ruhrgebiet keine Frauen auf den Gruben zu finden sind, so kann man leicht ausrechnen, wie riesig die Gewinne der ober-schlesischen Grubenbesitzer sind.

Unsere Zahlen über Oberschlesien und die Wolfganggrube sind entnommen den Jahrbüchern für die ober-schlesischen Gruben- und Hüttenwerke, entnommen also amtlichen Quellen.

An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!

Der große Konflikt im Landtage von Sachsen-Coburg-Gotha ist zu gunsten des Landtages entschieden. Die Ministerial-Instruktion, die Herrn von Strenge in der Verfassung nicht begründete Rechte einräumt, ist zurückgezogen worden.

Oesterreich.

Die erste Aktion unserer Partei im Parlamente wird von allen Wiener Zeitungen in Leitartikeln besprochen. Alle sind erstaunt über das taktische Geschick, über die überaus glückliche Ausnützung der Situation, über die Rebegeandtheit und die Erfolge unserer Genossen, die doch ausnahmslos Neulinge auf dem parlamentarischen Boden sind. Den Jungzechen und den Polen wurde höchst unheimlich zu Muth. Keine dieser Parteien kann mehr als die einzige Vertreterin ihrer Nation auftreten.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt über diese denkwürdige Sitzung:

Die Erklärung der czechischen Sozialdemokraten, mit der sie heute im Parlament die obligate „Rechtsverwahrung“ der Jungzechen und feudalen Junler beantworteten, wirkte geradezu niederschmetternd auf diese Herren. Der Schmerz und die Wuth preßte ihnen Schimpfworte ab, die freilich niemanden beschmutzen als ihre Urheber. Doch sie ergrimmt waren, begreift sich. Was bei den Deutschen längst offenkundig, nicht mehr zu leugnende Thatsache ist, daß die adeligen und bürgerlichen Parteien nicht die Vertreter des Volkes sind, sondern seine Feinde, hat man bismun bei den Slaven zu verheimlichen gesucht. Der heutige Tag, die erste Sitzung des Parlaments, an der Sozialdemokraten theilnahmen, zerstörte mit einem Schlag die beiden großen Lügen, die mit so viel Kunst und Eifer bisher aufrechtgehalten wurden. Die Lüge, daß der Polenklub das polnische Volk vertritt, und daß seine perfide und brutale Politik im Interesse des Landes Galizien geführt werde, zerstörte Genosse Dazynski mit seiner wichtigen Rede, der ersten, die dieses Parlament zu hören bekam. Die Lüge, daß die böhmischen Feudalherren und die jungczechischen Gauller, daß die Schwarzenberg und Herold das czechische Volk vertreten, und daß die unterdrückten Massen keine anderen Sorgen kennen als die Wiederherstellung des Glanzes der Wenzelskrone, diese ganze bewußt beherrschte Romantik zerstörte die Erklärung unserer czechischen Genossen. Wie wenn man in einem dumpfen, kisternen Raume, in dem verkrümpfte Reliquien modern, plötzlich die Fenster aufreißt, die Sonne einläßt und die frische Luft, daß der Staub aufwirbelt und die Höhen in ihrem gebrechlichen Zaunern wackeln, so wirkte der sozialdemokratische Protest gegen die jungczechische Deklamation.

Ein bürgerliches Wiener Blatt, das „Neue Wiener Journal“, schreibt:

Das gestrige erste Debut der Sozialisten im österreichischen Parlamente ist glücklich angefallen. Sie haben, um im Theaterjargon weiter zu sprechen, einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen. Sie erzwangen, daß die von uns bereits mitgetheilte Affäre Sjaer gegen den Willen der Regierung, gegen den Willen des Präsidenten und gegen den Willen des Polenklubs auf die Tagesordnung gelangte, und sie setzten es durch, daß nahezu einstimmig, wenige feudale Großgrundbesitzer ausgenommen, auf telegraphischem Wege die sofortige Entlassung Sjaer's angeordnet wurde. Das bedeutet immerhin einen Erfolg, auf welchen das Abgeordnetenhaus stolz sein kann.

Das erste Wort im neuen Hause hatte der polnische Sozialist Dazynski. Ein schwächlicher Mann mit energischem Gesichtsausdruck, blühenden Augen und schwarzem Schnurrbart. Obgleich er die deutsche Sprache nicht ganz in seiner Gewalt hat, versteht er es dennoch, tiefen Eindruck hervorzurufen. Die Abgeordneten, die Minister horchen hoch auf und hängen förmlich an seinen Lippen. Je länger er spricht, desto düsterer werden die sonst lächelnden Blicke des Ministerpräsidenten Grafen Badeni und

die der Herren auf den Polenbänken. So wie Daszynski und der Sozialist-Anhänger Daniel hat in Parlamente noch niemand über die allgewaltigen Schlägen, nicht einmal der ehemalige Abgeordnete Bernerkerker gesprochen. Der eindringliche Appell Daszynski's war für die Richtung, welche die Debatte in der Folge nahm, entscheidend. Der Obmann des Polenklubs, Ritter v. Jaworski, stellte förmlich das Haus an, die Angelegenheit nicht sofort, sondern später zu beraten. Das Haus beschloß bei namentlicher Abstimmung mit 308 Stimmen, die Dringlichkeitsanträge sofort in Beratung zu ziehen. Nur die Polnisch-Konservative und die Galizianer-Gruppe — zusammen 27 Abgeordnete — hatten den Muth, dagegen zu stimmen, während die liberalen Polen sich vor der Abstimmung ablenkten.

Der Polenklub, bisher der Herr im österreichischen Abgeordnetenhaus, war ganz verblüfft über die sündliche Niederlage, die ihm bereitete wurde. Der allgewaltige Polenführer und frühere Minister Jaworski hatte einen ganz kläglichen, mitleidserregenden Ton angeschlagen. Fast weinerlich soll der folgende Satz aus seinem Munde gellungen haben:

„Über wenn die Herren die Immunität verteidigt haben, dann muß ich sagen, wir sind angefaßt solcher Reden von dieser Immunität in diesem Hause angegeschlossen.“

Ungarn.

Budapest, 1. April. Abgeordnetenhause. Der kaiserliche Abgeordnete Kalmán hat gegen den Abgeordneten Julius Rosenbergs die Inkompatibilität angemeldet. —

Schweiz.

Zürich, 31. März. (Sig. Ver.) Die bundesrätliche Vorlage betreffend die Eisenbahnverstaatlichung findet in der ganzen Presse gute Aufnahme, mindestens eine ganz andere, als jene Vorlage von 1891, welche zu einem unerhörten hohen Preise — 1000 Franken-Rente für jede Aktie — die Zentralbahn (Basel) zu rückkaufen wollte. Diefelbe Aktie, welche am 10. März 1897 einen Börsenkurs von 710 Fr. hatte, werthet das eidgenössische Eisenbahn-Departement auf den Verstaatlichungstermin von 1903 hin auf 643,10 Fr., wobei aber immer noch in der Presse Stimmen laut werden, diese Werthschätzung noch etwas weiter zu reduzieren. Das gleiche gilt von den Aktien der übrigen Bahnen, die alle wesentlich hinter dem Kursstand zurückbleiben, am meisten bei der Nordostbahn mit 588,42 gegen 675 Fr. Dabei wird der Wunsch laut, die gesammte budgetirte Rückkaufsumme von 964 Millionen Franken möglichst noch um ein beträchtliches zu vermindern, was wahrscheinlich auch geschehen wird, da das Eisenbahndepartement selbst erklärt, daß seine Feststellungen noch eher zu Gunsten der Bahngesellschaften gemacht sind. Unbefriedigend ist die Vorlage nach der demokratischen Seite hin, da sie alle Kompetenzen in die Hände des Bundesrates und der Bundesversammlung legt und nur einen aus der Volkswahl hervorgehenden Eisenbahnrath von 72 Mitgliedern vorsieht, dessen Beschlüsse aber keine großen sind. Soll das Gesetz in der Volksabstimmung Annahme finden, so wird daran noch manche Verbesserung vorgenommen werden müssen.

Bei den am letzten Sonntag im Kanton Freiburg nach dem Proporz vollzogenen Gemeindevahlen erhielten die Arbeiter in der Stadt Freiburg 2 und in Murten 8 Vertreter. Daneben wurden in ersterer Stadt 41 Konservative und 34 Liberale, in Murten 30 Liberale und 12 Konservative gewählt.

Der Kurssturz der Schweizerischen Bahnaktien. Die Botschaft des Schweizerischen Bundesrates über den Eisenbahn-Rückkauf machte an der Züricher Börse gewaltigen Eindruck. Die Aktien einzelner Bahnen sind am letzten Sonnabend von mittags 11 Uhr bis abends halb 5 Uhr jah zurückgegangen. Galten Nordostbahn-Aktien bei Eröffnung der Mittagsbörse noch 652 Fr., vollzog sich der letzte Kaufabschluss an der Abendbörse zu 618 Fr., das ist ein Rückgang um 36 Fr. an einem einzigen Börsentage. Am Montag Mittag wurde der Kurs von Nordostbahn-Aktien sogar bis auf 560 Fr. ja vorübergehend bis auf 540 Fr. gemindert. Der Rückgang beträgt also gegenüber Sonnabend Abend abermals 56 Fr. Wir verzeichnen, schreibt die „Züricher Post“, somit seit letztem Freitag einen Kurssturz der Nordostbahn-Aktien um volle 100 Fr. Die Bestürzung, welche die bundesrätliche Vorlage in Aktionär- und Spekulantenkreisen hervorbrachte, drückt sich in folgenden Zahlen aus:

	Kurs vom 29. März mittags	Kurs vom 1. März
Nordostbahnaktien	650	654
Jura-Simplon-Stamm	155	197
Zentralbahnaktien	685	715
Vereinigte Schweizerbahnen	400	489

Ein interessanter Beleg für die unrelle Preistreibererei der Börsen.

Frankreich.

Paris, 1. April. Die Experimente, welche der Professor Ricard an der tierärztlichen Schule in Alfort-Ville bei Paris mit dem Koch'schen Tuberkulin unternahm, ergaben so günstige Resultate, daß Ministerpräsident Meilne demnächst einen Befehl erlassen wird, wonach die Viehzüchter und Molkereibesitzer verpflichtet sind, ihre Kühe einer Tuberkulinprobe zu unterwerfen.

Nun wird bald Meilne als der Musterpolitiker von unsrem Agrarieren empfohlen werden. —

Paris, 1. April. Der Senat erteilte nach unerwarteter Debatte mit ziemlich großer Stimmenmehrheit dem Antrage der Kommission gemäß die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Senators Leveque.

Unter den von dem Untersuchungsrichter Le Poitevin für heute einberufenen Zeugen befindet sich auch der ehemalige Deputirte de la Haye, welcher im Jahre 1892 den ersten Panama-Scandal enthüllte.

Der „Gaulois“ veröffentlicht eine Depesche des Baron Goltz aus Petersburg, in welcher dieser erklärt, er habe niemals mit Mitgliedern der Rechten verhandelt.

Es verläutet, Senatspräsident Loubet, welcher mit Arton während dessen Flucht unterhandelte, sei gleichfalls stark kompromittirt.

„Autorität“ hat kein Vertrauen zu der Untersuchungskommission in der Arton-Affaire. Im Jahre 1892 wurde unter der radikalen Regierung Bourgeois' der Opportunismus verfolgt und jetzt unter der opportunistischen Regierung Meilne's nur Robalste; das beweist, daß die Justiz Frankreichs vom Parteistandpunkte aus geleitet wird. —

Paris, 1. April. Der Ministerrath ermächtigte den Marineminister Admiral Bedard, heute in der Deputirtenkammer einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen der Regierung die Genehmigung zum Bau neuer Schiffe im Gesamtwerte von 80 Millionen Franks erteilt wird. Diese Summe soll auf mehrere Jahre vertheilt werden; der Kredit für das Jahr 1897 soll 8 500 000 Franks betragen. —

Italien.

Rom, 1. April. Kurz nach dem Tode des Kardinals Hohenlohe wollte der preussische Gesandte beim Vatikan von Salow fünf Kisten Korrespondenzen an sich bringen, wobei ihm indessen befehligt wurde, daß die gesammte Korrespondenz verbrannt sei. Auf der gefirten Auktion des Nachlasses Hohenlohe's kamen nun jene fünf Kisten zum Vorschein, wobei die Königin (M) dieselben durch Rudini sofort beschlagnahmen ließ. Bei den Korrespondenzen sollen sich Briefe des deutschen Kaisers an Crispi und sonstige hochgestellte Personen befinden.

Bei den Stichwahlen am letzten Sonntag sind unsere Kandidaten mit meist nur wenigen Stimmen den vereinigten Gegnern unterlegen. Die Meritalen, welche in der Hauptwahl Wahlfähigkeit

proklamiert hatten, stellten sich bei den Stichwahlen den sozialdemokratischen und demokratischen Kandidaten entgegen. In Mailand erhielt unser Kandidat Professor Vicotti 1395 Stimmen (Hauptwahl 992), der ministerielle Gegner 1442. In Albano blieb unser Kandidat mit 1902 gegen 2600 Stimmen in der Minorität, in Alessandria handelte es sich um 104 Stimmen (2030 gegen 2184). In Bergamo brachte es Maironi (Soz.) auf 695, der Gegner wurde mit 1200 Stimmen gewählt. In Porto Maurizio erlangte der Sozialdemokrat 1733 Stimmen (Hauptwahl 1290), der Gegenkandidat 2485. In Vignale, wo sich von 9525 eingeschriebenen Wählern 7200 beteiligten, brachte es unser Kandidat Rossi auf 8383 Stimmen, während der Gegner 3715 erhielt.

In Turin III gewann unser Kandidat Cerrutti 400 Stimmen mehr als in der Hauptwahl, unterlag aber trotzdem. Hier und in ganz Italien sind Wahlbeeinflussungen und Unregelmäßigkeiten in ungeheurer Maße vorgekommen. —

Spanien.

Der Anarchistenprozeß von Barcelona, der die öffentliche Meinung in ganz Europa in so ausgedehnter Maße beschäftigte, wird um die Mitte d. M. in zweiter Instanz, vor dem obersten Kriegs- und Marinegericht in Madrid, zur Verhandlung kommen. Nach spanischem Rechtsbrauch hat der öffentliche Ankläger bereits jetzt die Strafen für die einzelnen Angeklagten beantragt. Er beantragt die Todesstrafe für neun Anarchisten, lebenslängliche Zuchthausstrafe für fünf oder sechs und Strafen von 18 bis 20 Jahren Zuchthaus für mehrere andere „Verbrecher“. Für 30 Angeklagte, die von dem Kriegsgericht (1. Instanz) verurtheilt wurden, beantragt er Freisprechung. Unter den Personen, welchen 20 Jahre Zuchthaus zugesprochen sind, befindet sich der Chefredakteur des in Barcelona erscheinenden Blattes „La Publicidad“, Herr Corominas.

Reichstag.

208. Sitzung vom 1. April, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, Bresfeld. Die erste Beratung der Handwerker-Vorlage wird fortgesetzt.

Abg. Pachtke (fr. Vg.): Wenn man die Wichtigkeit der Vorlage nach der Befassung des Hauses beurtheilen dürfte, so legt das Haus dieser Vorlage sicherlich keine große Bedeutung bei (es sind etwa 20 Abgeordnete anwesend), und ich bedauere nur die Handwerker, die sich Zugang zur Tribüne verschafft haben, um diesen Verhandlungen beizuwohnen. Man spricht davon, daß der Mittelstand verschwinde. Ein Theil des Mittelstandes verschwindet allerdings, aber ein neuer Mittelstand entsteht. Das ist in Schmöller's Jahrbüchern an der Einkommensteuer-Statistik nachgewiesen. Die Schwärzung, welche sich vollzogen hat, sieht man recht deutlich daran, daß früher jede Zünftlerversammlung Herrn v. Bötticher nach Kamerun wolkachte, während man heute den Sprößling in der Hand nimmt und die Taube auf dem Dache sitzen läßt. Die organisirten Handwerker sind auch durchaus nicht zufrieden mit der Stellung des Herrn Jacobstötter zu der Organisation, dem man vorwirft, daß er durch eine heimliche Konferenz im Reichsamt des Innern zu einer anderen Ansicht bewogen worden sei. Sehen Sie, Herr Jacobstötter, so hat ein jeder seine Jakobiner; hinter dem Zielbewußten steht immer ein noch Zielbewußterer. Man will das Handwerk organisiren und schließlich alle diejenigen aus, welche nicht in Innungen oder Gewerbevereinen sind, d. h. die große Mehrzahl der Handwerker. Man sollte das Handwerk, das gesammte Handwerk sprechen lassen und nicht bloß einen Zummelplatz für zünftlerische Bestrebungen schaffen. Ueber manche Punkte der Vorlage läßt sich ja vielleicht eine Verständigung erzielen, aber ausgeschlossen ist eine solche bezügl. der Zwangsinnungen. Freie Innungen haben auch wir stets gebildet; aber Zwangsinnungen können nichts leisten, weil ohne Lust und Liebe zur Sache niemals etwas Begehrliches zu Stande zu bringen ist. Für verschiedene Gewerbegebiete würde eine Innung gar nicht zu schaffen sein, weil ihre Vertreter sehr zerstreut im Lande wohnen. Eine Schwierigkeit ist ferner, zu entscheiden: was ist Handwerk überhaupt? Man spricht von der Glanzperiode der Zünfte, als wenn damals alles gut gewesen wäre, und trotzdem gab es schon damals Klagen der Gesellen über Lohnrückerei und Lehrlingsrückerei, wie Schoenlant nachweist in seinem Buche „Soziale Kämpfe“, das auch für Gewerbetreibende, auch für Großunternehmer interessant zu lesen ist. Wenn die Handwerker Agrarier wären, wenn die Schuster Zuckerrüben und die Schneider Brauntweilbrenner wären, dann würde es auch baar Geld geben. Aber für die Handwerker giebt es kein Geld, auch nicht für die Fortbildungsschulen. Die Klagen der Handwerker sind ganz berechtigt, daß die Großgrundbesitzer die Handwerker nicht berücksichtigen. Wenn der Befähigungsnachweis eingeführt wird, dann wird jeder Handwerker bestraft, der ein Stück anfertigt, für welches er nicht geprüft ist. Die Gefährungen, die Oesterreich darin gemacht hat, sollten abschrecken. Speziell die Landwirthschaft würde schwer geschädigt werden, weil die Handwerker dort nicht vorhanden sind. Auf dem Lande muß der Schuster Pferdegeschirr verbessern, der Stellmacher muß auch Thüren machen und auch einmal ein Butterfass repariren. Der Gärtner und der Glaser sind meist eine Person, weil der Gärtner die Mistbeete eindecken muß. (Antruch rechts.) Alles, was die Tüchtigkeit des Handwerks hebt, werden wir fördern, aber die Freiheit wollen wir den Handwerkern nicht beeinträchtigen. (Beifall links.)

Preussischer Handelsminister Bresfeld: Die verbündeten Regierungen haben alle Ursache, dem Hause dankbar zu sein für die wohlwollende Beurtheilung, die die Vorlage bei den verschiedensten Seiten dieses Hauses gefunden hat. Daß sie nicht allen Wünschen entspricht, ist natürlich. Es ist das Ergebnis eines Kompromisses. Auf der einen Seite bestand der Wunsch, den Zwangsinnungen eine möglichst weite Ausdehnung zu geben, auf der anderen Seite der Wunsch, daß die Korporation des Handwerks sich freiwillig vollziehe und nach und nach. Die Vorlage ist hervorgegangen aus einer sehr mäßigvollen, ernsthaften und gewissenhaften Prüfung der Verhältnisse des Handwerks, und es liegt im Interesse des Handwerks selbst, daß die Vorlage in dieser Session endlich zum Abschluß gebracht wird. Wir sind davon ausgegangen, daß Zwangsinnungen nur da eingeführt werden können, wo die Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Es ist hier von den verschiedensten Seiten hervorgehoben, daß das, was die Zwangsinnungen leisten, in Süddeutschland die Gewerbevereine zuzuegebracht und daß sie viel für das Handwerk gethan haben. Das letztere muß ich anerkennen, und ich hätte gewünscht, daß man auch in Preußen für das Handwerk mehr gethan hätte. (Beifall rechts.) Es empfiehlt sich, in 66 pCt. der Bezirke die freien Innungen vorläufig bestehen zu lassen und sie erst allmählig in Zwangsinnungen zu verwandeln, insofern die Voraussetzungen dafür vorhanden sind und sich im Handwerk die Ueberzeugung Bahn bricht, daß die Zwangsinnung der Abschluß der bisherigen Entwicklung ist. Es wird hier ein Wunsch erfüllt, der schon seit 50 Jahren gehegt wird, daß eine Vertretung des Handwerks nicht nur im Oberbau geschaffen werde, sondern auch im Unterbau durch eine lebensfähige Organisation und einen selbständigen Verwaltungskörper. Ich hoffe, daß sich in der Kommission leicht eine Verständigung über etwaige Verbesserungsanträge finden wird. Ich nehme nicht an, daß das Handwerk unrettbar verloren ist und daß die Zeit nahe ist, wo wir nur noch Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben. Das Handwerk hat die Hoffnung und die Berechtigung zu leben. Es ist Jahrhundertlang der Hort deutscher Treue, Pflicht und Ordnung gewesen, die beste Stütze von Thron und Altar (Beifall rechts), aus ihm ist eine große Zahl Idealstreuer und gewissenhafter Männer hervorgegangen; so wird es auch in Zukunft sein. (Beifall rechts.)

Abg. Euler (Z.): Auch ich setze einem Theile dieser Vorlage sympathisch gegenüber, namentlich den Zwangsinnungen. Nur

wegen mangelnder Mittel ist manche Einrichtung, die dem Handwerk dienen könnte, unterblieben. Man widerstrebt den Zwangsinnungen auf der Linken nur, weil man weiß, daß im Handwerk ein Fonds von christlich-konservativem Geiste vorhanden ist, weil man fürchtet, daß die Macht des Handwerks zu groß wird, daß dadurch die Sozialdemokratie ein Damm entgegengestellt würde. Glauben Sie, daß es in Oesterreich möglich gewesen wäre, die liberale Judenwirthschaft aus Wien hinauszuschaffen, wenn nicht die Handwerker als Kerntruppe gedient hätten? Das österreichische Gewerbegesetz von 1883 macht den Handwerkern wegen der vielen Streitigkeiten auch nicht große Freude; aber sie ziehen den jetzigen Zustand dem Zustande vor 1883 vor. Man braucht die österreichischen Fehler nicht nachzumachen und kann den Befähigungsnachweis ruhig einführen zur moralischen Erhebung der Handwerker. Ich persönlich, und ich kann das im Namen des ganzen Handwerks sagen, sehe auf dem Boden der obligatorischen Zwangsinnungen. Die Einrichtung der Handwerkskammern und die Beibehaltung des Innungsausschusses, sowie die Regelung des Lehrlingswesens, das sind die annehmbarsten Punkte der Vorlage. Ich hätte gewünscht, daß Herr Jacobstötter nicht mit fliegenden Fahnen in das Regierungslager übergegangen wäre; er hätte das Prinzip festhalten sollen. Es wird mir nicht viel nützen, in der Kommission das Prinzip der obligatorischen Innung zu vertreten. Das bedauere ich lebhaft, denn bei der Vorlage mit ihren fakultativen Zwangsinnungen kommt nichts heraus als Zank und Streit. Redner wendet sich dann gegen die Angriffe, welche der Abg. Schmidt-Berlin gegen die Berliner Innungen gerichtet hat bei der Besprechung der Interpellation über die Handwerker-Vorlage im Februar. Zwischen Handwerksmeistern und Gesellen besteht immer noch ein gutes Verhältnis, wenigstens auf dem Lande, und wo es zerfallen ist, kann es wieder hergestellt werden, wenn von beiden Seiten vernünftig gehandelt wird. Die Bestimmungen über die Handwerkskammern und über das Lehrlingswesen sind so wichtig, daß ich in einer Zwangsinnung bin der Vorlage gegenüber. Die fakultativen Zwangsinnungen sind aber nicht zu gebrauchen; da sollte man es bei den jetzigen Innungen belassen. Das übrige ist ein Schritt weiter auf dem Wege zur Zwangsorganisation. Offenlich bringt die Entwicklung der Regierung den Beweis dafür, daß die obligatorischen Zwangsinnungen doch notwendig sind. Da wir aber nicht mehr erreichen können, so nehmen wir schließlich das, was uns geboten wird, und warten darauf, daß das andere später kommt. (Beifall links.)

Abg. Wielhaben (Reform-P.): Die Berufszählung hat ergeben, daß wir seit 1882 79 000 männliche und 60 000 weibliche selbstständige Existenzen weniger haben, trotz der Zunahme der Bevölkerung, nach welcher die Zahl der selbstständigen Existenzen sich hätte vermehren müssen, und zwar um 600 000; also nahezu 1/3 Million selbstständiger Existenzen ist weggespült worden. Man will die Handwerker konkurrenzfähig machen gegenüber der Großindustrie und zwar theils durch genossenschaftliche Zusammenfassung, theils durch bessere Ausbildung. Die Genossenschaften können Kapitalien und Maschinen ausbringen, aber sie können keine geistige Kraft hervorbringen, welche dem Großunternehmer entgegenzutreten kann. Durch die bessere Ausbildung der Handwerker wird die Waare besser, aber auch theurer. Die Konsumenten fragen aber niemals nach der Qualität der Waare, sondern sehen nur auf die Billigkeit. Redner geht ausführlich darauf ein, daß die Großindustrie Dudenwaare herstellt, daß die Fabrikarbeit eintönig sei und daß dadurch auch die Menschen immer mehr zu Dudenmenschen würden. (Präsident v. B. u. v. 1: Selbst die weitesten Grenzen der Generaldiskussion geben wohl nicht die Möglichkeit, soweit abzuschweifen. Ich möchte den Redner bitten, zur Vorlage zurückzukehren, damit wir heute am dritten Tage endlich fertig werden.) Da meine weiteren Ausführungen ohne diese Auseinandersetzungen nicht verständlich wären, so muß ich meine Rede abbrechen.

Württembergischer Reg.-Direktor v. Schiller soll das Wort erhalten, ist aber im Saale nicht anwesend.

Abg. Benoit (fr. Vg.) weist darauf hin, daß die Handwerker sich die Fortschritte der Technik zu Ruhe machen könnten, namentlich durch die Benutzung von Elektromotoren. Uebrigens habe der Meister in einer Fabrik eine sorgenlosere Stellung als ein selbständiger Handwerksmeister. Was wird denn bei der Prüfung der Meister verlangt? Die gewöhnlichen Arbeiten des Handwerks, weil sonst mancher durchfallen würde. Dadurch wird wirklich das Handwerk nicht gehoben werden. Die Vorlage muß geändert werden, aber nicht im Sinne der Herren von der Rechten, sondern in dem Sinne, daß die Freiheit der Handwerker aufrecht erhalten wird.

Abg. Weck (fr. Vg.) wendet sich gegen die Redner, welche für die Vorlage aufgetreten sind.

Abg. Reichhand (Soz.): Die Antisemiten haben am allerwenigsten Ursache, sich über die schwache Befassung des Hauses bei Handwerkerfragen zu beklagen, sie haben zu solchen Debatten immer das geringste Kontingent gestellt. Die Ausführungen des Handelsministers mögen ja den Handwerkern recht angenehm klingen, die Vorlage wird aber mit recht von ihnen als ein Wechselfalg bezeichnet. Das Handwerk im Lande ist davon nicht im geringsten erbaud. Wenn der Abg. Gamp die Vorlage als eine Folge der geschichtlichen Entwicklung des Handwerks betrachtet, so weise ich darauf hin, daß die moderne Zeit über die Bestrebungen der Zünftler längst zur Tagesordnung übergegangen ist; was sich heute bemerkbar macht, ist nur eine Reaktion. Gegen freie Organisationen läßt sich nichts einwenden. Die Zünftler aber rufen immerfort nach der Polizei oder der Hilfe der Regierung. Den Nachweis, daß die alten Zünfte etwas geleistet haben, sind uns die Herren schuldig geblieben, und auch die neueren Innungen haben für Fachausbildung außerordentlich wenig geleistet. Auf diesem Gebiete haben nur die freien Organisationen etwas Gespürliches zustande gebracht. Das ist ganz natürlich. Die Innungsmeister glauben, daß sie mit dem Augenblick, wo sie ihren Lehrlingen und Gesellen Gelegenheit geben, sich auszubilden, sich eine Konkurrenz schaffen. Wenn Fraktionsgenosse Schmidt hat schon nachgewiesen, daß die Berliner Innungen ein Vermögen von 1/2 Millionen haben und trotzdem für Fachschulen nur verhältnismäßig wenig ausgegeben haben, 36 Innungen nicht einen Pfennig. Mit dem Entwurf bringen Sie nur Verwirrung in die Gewerbeschiedsgerichte hinein, die sich kaum erst eingelebt und eingebürgert haben, die Innungs-Schiedsgerichte werden dadurch illusorisch gemacht. Der Abg. Jacobstötter meinte zwar, daß man auch die Gesellen hören würde, aber man kennt das. Für den Arbeitsnachweis haben schon die jetzigen Innungen nichts geleistet, wie viel weniger wird es der Fall sein, wenn er den obligatorischen Innungen ausgedient wird. Von dem Befähigungsnachweis erwartet man Wunderdinge, als wenn nicht unter gelehrten Meistern Puschereien vorkämen. Ich denke an den Zusammenbruch eines Hauses, bei dem hunderte von Arbeitern getödtet worden wären, wenn sie ihn nicht eine halbe Stunde früher verlassen hätten. Wie die Meister von der Aus- und Fortbildung ihrer Lehrlinge denken, zeigt ein Beispiel aus meiner Heimat. In Esfurt wurde 1897 beantragt, eine 6 stufige in eine 4 stufige Volksschule umzuwandeln. Da stand einer auf und sagte: Was kann uns denn die ganze Bildung nützen? Wir müssen auch Knechte und Mägde haben. Die konservativen Handwerker wissen ganz gut, daß, wenn ihre Leute erst etwas Tüchtiges gelernt haben, sie ihnen den Rücken kehren. Auch die Zwangsorganisationen werden wahrscheinlich gegen die Einführung von Fachschulen sein. Nicht Ausbildung, sondern Ausnutzung der Arbeiter ist ihr Panier. Gute vernünftige Meister bekommen auch gute Gesellen, aber solche Meister giebt es nur in wenigen Fällen. Der Handelsminister wünscht, daß die Vorlage noch in dieser Session verabschiedet würde, damit die Handwerker im Lande auch Thaten sähen. Wollen Sie wirklich etwas Gutes für die Handwerker thun, dann entlassen Sie sie und schaffen Sie Klärung. Das ist besser als die fakultativen Zwangsorganisation. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hilpert wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Weck, der ihn mehrfach persönlich angegriffen habe; es seien aber nicht

die schlechtesten Früchte, an denen die Wespen nagen, auch die Wespe

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Reform-P.): Die Regierung hat die Vorlage nur gemacht, um sagen zu können, daß sie die Wünsche der Handwerker erfüllt habe, aber man sollte den Handwerker helfen in der Weise, wie sie es selbst wollen. Da wir nicht hoffen, daß in der Kommission die Vorlage wieder dem Verlepfischen Entwurfe genähert wird, so werden wir auch nicht für die Ueberweisung an die Kommission stimmen. Diejenigen, die dieses Zwitwending annehmen, um mit den Worten des Abg. Jacobstötter zu sprechen, werden nicht nur das Handwerk in die Patsche reiten, sondern auch selbst in die Patsche kommen.

Abg. Jacobstötter (L.): Ich habe diese Worte nicht gebraucht, sondern nur Kollege Euler. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen der verschiedenen Redner gegen seine Rede.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Reichhaus und einiger persönlicher Bemerkungen der Abg. Jacobstötter, Veckh, Euler wird die Vorlage der Kommission überwiesen, welcher bereits die Vorlage betreffend die Handwerkerkammern überwiesen ist.

Schluß nach 9/4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Antrag Liebermann v. Sonnenberg wegen der konfessionellen Eidesformel, Jesuitenantrag des Zentrums und Margarinegesetz.)

Parlamentarisches.

Der Bundesrath überwieft in seiner heutigen Sitzung die Mittheilung des Präsidenten des Reichstages über den Beschluß des Reichstages zu dem Antrage des Abg. Grafen Schwerin-Röwig und Genossen wegen Beschränkung des Zollkredits bei der Einfuhr von Getreide und Mühlenfabrikaten den zuständigen Ausschüssen und ertheilt den Ausschüssen über den Gesetzentwurf wegen anderweiter Bemessung des Wittwen- und Waisengeldes für die Hinterbliebenen von Angehörigen des Reichsdienstes und über den Gesetzentwurf wegen Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für 1897/98 seine Zustimmung.

In der Auswanderergesetz-Kommission wurde auch heute wieder mit Dampf georbeitet, um, wie sich die nationalliberalen Kommissionsmitglieder wiederholt äußerten, das Gesetz so schnell wie möglich „unter Dach“ zu bringen. Vom Abg. Prinz v. Arenberg war zu § 37 folgender Zusatz beantragt:

„In jedem Auswandererschiffe müssen alle mehr als 14 Jahre alten männlichen Passagiere, die nicht in Begleitung ihrer Ehefrauen reisen, in einem Kabinette untergebracht werden, der mit den übrigen Passagierkabinen in seiner Verbindung steht.“

Dieser Antrag wurde, nach Befürwortung durch den Antragsteller, seitens der Regierungsvertreter mit dem Hinweis bekämpft, daß bei Annahme desselben auch kein sichhaltiger Grund dagegen sei, weitere Details, so wie sie in den gesteuerten diskutierten aber nicht angenommenen Anträgen Gerisch und Wegner enthalten seien, in das Gesetz aufzunehmen. Der Geheimrath Richter verliest im Anschluß an seine Ausführungen eine, im Namen des Bundesrathes abgegebene Erklärung, in welcher die Zusicherung gegeben wird, daß die Ausführungsverordnungen nicht hinter den schon bestehenden bewährten Vorschriften, wie sie im Hamburger Auswanderungsgesetz von 1887 enthalten sind, zurückbleiben werden, dessen man sich als Richtschnur für die Verordnungen bedienen werde. Da der Regierungsvertreter außerdem noch eine kleine Aenderung des § 37 der Vorlage vorschlägt, welche die Sorge für die Auswanderer „in leiblicher und geistlicher Hinsicht“ dem Bundesrath für seine Verordnungen zur besonderen Pflicht macht, erklärt sich die Abg. Prinz v. Arenberg und Wegner im Namen ihrer Mitantragsteller einverstanden und verzichten auf die Aufnahme ihrer Anträge in das Gesetz.

Abg. Frese beantragt den § 45 zu streichen, der also lautet: „Durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrathes können zur Regelung der Beförderung von Auswanderern und Passagieren auf deutschen Schiffen, welche von außerdeutschen Häfen ausgehen, Vorschriften der im § 37 bezeichneten Art erlassen werden.“ Der Antragsteller motivirt seinen Antrag damit, daß § 37 deutsche Schiffe in den chinesischen Gewässern viele Kulis befördert, und daß es diesen zum Theil um billige Passagierpreise zu thun sei, würden die deutschen Dampfer bei Innehaltung der im § 37 vorgesehene Schutzbestimmungen ihrer Fahrt müssen als die Schiffe anderer Flaggen. Demgegenüber erklärt der Direktor des Auswanderer-Amtes, Geheimrath Reichardt, daß die Engländer längst ihre Einrichtungen getroffen haben, deren Uebertretung mit Geldstrafen bis zu 1000 Dollar ev. bis zu zweijährigen Gefängnisstrafen bedroht werde, und der englischen Regierung gegenüber sei man verpflichtet, in gleicher Weise zu verfahren. Um Vertheuerung der Passagierpreise brauche man nicht besorgt zu sein, denn bei der Anti-Expedition werden bedeutende Summen verdient, meistens bei einigen hundert Kulis mehrere tausend Mark. Die deutschen Dampfer haben im vergangenen Jahre über 83 000 Kulis expedirt, eine Zahl, welche die Schiffe keiner anderen Flagge auch nicht annähernd erreicht. Uebrigens hätten die deutschen Dampfer im Konkurrenzkampf mit den Engländern sich längst deren Einrichtungen freiwillig zu eigen gemacht, so daß die Gefahr der Anwendung der in der Vorlage angedrohten Strafen bei diesen Schiffen gar nicht einmal vorhanden sei. Nach diesen Eröffnungen zieht Frese seinen Antrag zurück.

Eine längere Debatte entspann sich dann noch über den § 46, welcher mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu sechstausend Mark alle diejenigen bedroht, welche ohne die nach §§ 1 und 12 erforderliche Erlaubnis die Beförderung von Auswanderern betreiben oder bei einem solchen Betriebe mitwirken, welche Strafe auch solche trifft, die sich zum Geschäft machen, zur Auswanderung anzuwerben. Von den Zentrumsmitgliedern wurden erste Bedenken gegen diese Fassung erhoben, desgleichen von Wegner, welcher an den von dem Genossen Schmidt-Frankfurt jüngst zur Sprache gebrachten Fall erinnert, wonach derselbe als Vertreter eines Verunfallten vor einem Schiedsgericht in Unfallsachen, nachdem er bereits zweimal als Vertreter vor demselben Schiedsgericht fungirt hatte, mit der Motivierung zurückgewiesen worden war, daß er die Vertretung „geschäftsmäßig“ betreibt. Mit dieser Auffassung sei es jedem Gericht möglich, jemanden, der wiederholt Auswanderungslustigen oder Auswanderern Gefälligkeiten erwiesen, die sich auf ihre Beförderung beziehen, wegen Mitwirkung an einem solchen Betriebe zu den angedrohten Strafen zu verurtheilen. Gerisch weist auf die Zurückweisung gewerkschaftlicher Vertrauensmänner als Vertreter vor gewerblichen Schiedsgerichten mit denselben Gründen hin und befürwortet eine Sicherstellung gegen derartige Möglichkeiten. Nach längerer, theils recht erregter Debatte wird sowohl in § 46 wie in den mit demselben korrespondirenden Paragraphen das Wort „geschäftsmäßig“ bezw. „Gewerbe“ statt „geschäftsmäßig“ beziehungsweise „Geschäfte“ gesetzt, womit man sich, einschließlich der Zusicherung der Regierungsvertreter, daß ihre Erklärungen in dieser Frage schriftlich zu Protokoll gegeben werden sollen, allseitig einverstanden erklärt. Die weiteren Paragraphen wurden alldann ohne weitere Debatte angenommen, womit die erste Lesung beendet war.

Nach Annahme einer und Ablehnung zweier von Haffs beantragten Resolutionen wurde die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung zum Beginn der zweiten Lesung auf Freitag Vormittag 10 Uhr anberaumt.

Parlamentarische Jubiläen wurden heute in großer Zahl gefeiert; die Kanzleidirektoren des Abgeordnetenhauses und des Reichstages, die Geheimräthe Klein-Schmidt und Raack, feierten das 25jährige Jubiläum ihrer Thätigkeit im Parlamente. Das 25jährige Dienstjubiläum als Beamte des Reichstages begingen heute außerdem auch der Geh. Rechnungsrat Schäfer, die Rangleicrthe Schallopp, Vorsteher des Stenographischen Bureaus, und Duth, sowie die beiden Pförtner Hermann und Schreiber.

Partei-Nachrichten.

Sächsische Landtagswahlen. Als Kandidaten sind von unserer Seite bis jetzt aufgestellt: im 4. Dresdener Kreis Kadon, im 5. Dreddener Kreis Postelt, im 3. sächsischen Kreis (Radeberg) Plarich.

In Freiberg erklärte sich die Parteiversammlung für den 9. Reichstags-Wahlkreis für Theilnahme an den Landtagswahlen.

Die Landeskongress der Parteigenossen im Großherzogthum Sachsen-Weimar wird am 18. April im Restaurant zum Schwansee in Weimar abgehalten.

In Dresden und Umgegend wollen die Konsumvereine im Gegenseitig zu früher am 1. Mai nicht ihre Lokalitäten schließen, weil der 1. Mai diesmal auf den Sonntag fällt, wo die Arbeiter ihre Einkäufe für die nächste Woche zu machen pflegen. Die Sächs. Arbeiter-Zeitung wendet sich deswegen scharf gegen die Konsumvereine, deren Verwaltung in Händen von Parteigenossen liegt.

Aus der Schweiz. Das seit 2 1/2 Jahren schwebende Projekt eines sozialdemokratischen Tagesblattes in Zürich soll noch in diesem Jahre verwirklicht werden. Es sind bereits über 10 000 Fr. besammelt. Ende Juni soll die Preßgenossenschaft konstituir und am 1. Oktober das Tageblatt herausgegeben werden.

Ein sozialistischer Erfolg in Ungarn. In Mólklat, einem rein ländlichen Orte im Vöcker Komitat, wurden, wie der „Vöcker Lloyd“ meldet, bei der Wahl des katholischen Schulraths (Bezirkschulrath) sämmtliche 12 Mandate mit Sozialdemokraten besetzt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der gemeinsamen Orts-Arzt-Kasse in Elmshorn war vom Magistrat untersagt worden, ihre Bekanntmachungen auch in der sozialdemokratischen „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ zu veröffentlichen, die zwar in Kiel erscheint, aber, wie in anderen Orten Schleswig-Holsteins, so auch in Elmshorn von der Arbeiterbevölkerung stark gelesen wird. Die Kasse änderte nun ihr Statut in dem Sinne ab, daß die Behörde gegen die Insertion in dem genannten Kieler Blatt nichts einwenden konnte, aber diese Aenderung wurde von der Behörde nicht bestätigt. Die Kasse wandte sich nun an den Bezirksausschuß, und dieser entschied zu ihren Gunsten, indem er die Statutenänderung bestätigte.

Der Pastor Henneke in Dahl a. B. hatte gegen die „Reinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ Strafantrag gestellt, weil ihn diese durch eine Kritik seines Verhaltens bei einer Beerdigung beleidigt haben sollte. Unserem Bruderorgan ist jetzt von der Staatsanwaltschaft mitgetheilt worden, daß sie die Untersuchung eingestellt hat.

Eine Parteiversammlung für den Reichstags-Wahlkreis Burgstädt-Limbach-Mittweida, die am vorigen Sonntag im Schützenhause zu Chemnitz abgehalten werden sollte, wurde verboten, weil sie eine Fortsetzung des aufgelösten „Vereins“ Sozialdemokratische Partei sei. Die Versammlung ist nun in Schöpperdors angemeldet worden, welcher Ort außerhalb der Reichthum der Chemnitzer Behörden liegt.

Gewerkchaftliches.

Achtung, Steinarbeiter! In der Marmorwarenfabrik von C. Finl haben sämmtliche Steinarbeiter die Arbeit wegen Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Der Verband der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften hat jetzt, wie dessen Organ mittheilt, in 829 Orten 1578 Ortsvereine und 74 000 Mitglieder.

Die Tischler Kiels haben nach einer Unterhandlung mit den Unternehmern den Beschluß gefaßt, diesen vorzuschlagen, daß vom 1. April d. J. an der Mindest-Stundenlohn 38 Pf., vom Jahre 1898 an dagegen 40 Pf. betragen soll. Ferner soll vom Jahre 1898 an die Arbeitszeit 9 1/2 anstatt 10 Stunden betragen.

Die Tischler Wismars in Mecklenburg haben, mit Wirkung vom 5. April ab, folgende Forderungen gestellt: Reduktion der Arbeitszeit, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, Abschaffung der Akkordarbeit, Minimallohn von 15,75 M. die Woche; für Ueberstunden einen Zuschlag von 25 pCt., Abschaffung von Lohnbüchern. Wenn der Zugang vermindert wird, glauben die Arbeiter ihre Forderungen bewilligt zu bekommen.

Die Maurer Remmüsters in Holstein haben sich mit den Unternehmern auf einen Stundenlohn von 44 Pf. geeinigt. Bisher erhielten sie 42 Pf.

In Hannover war eine öffentliche Maler-Versammlung polizeilich aufgelöst worden, als der Vorsitzende sie nach Erledigung der Bureauwahl und anderer Formalitäten vertagt und nach der Vertagung wieder eröffnet hatte. Gegen den überwachenden Beamten wurde beim Polizeipräsidenten Beschwerde geführt. Dieses wies die Beschwerde ab, denn die Vertagung einer Versammlung sei nur unter der Voraussetzung zulässig, daß bereits in die Verhandlungen eingetreten war, da sonst von einer Wiederholung keine Rede sein könne. Das Polizeipräsidentium betrachtete also die Wahl des Bureau und die sonstigen Formalitäten nicht als integrirenden Theil der Verhandlungen einer Versammlung. Dieser Ansicht, die von dem Einberufer der Versammlung im Wege der Beschwerde angefochten werden wird, steht aber entgegen die Thatsache, daß in Preußen die Tagesordnung einer Versammlung der Polizei nicht mitgetheilt zu werden braucht; hieraus geht unseres Erachtens hervor, daß es der Polizei nicht zusteht, Qualifikationsunterschiede betreffs des Begriffs „Verhandlung“ einzuführen.

Die Maurer Magdeburgs beschloßen, nicht zu streiken, sondern den von der Lohnkommission und dem Arbeitgeberverband vereinbarten Lohnsatz anzuerkennen. Nach diesem Tarif bekommen Maurer im ersten Gesellenjahre 85 Pf., solche, die „nicht mehr im Vollbesitze ihrer geschäftlichen Leistungsfähigkeit sind“ (worüber die Lohnkommission mit entscheidet) 87 Pf., alle übrigen Gesellen 40 Pf. Stundenlohn.

In der Apfelwein-Kellerei von Adam Radler in Bornheim bei Frankfurt a. M. legten 17 Arbeiter, darunter 10 Kasper, die Arbeit nieder. Sie hatten Wegfall des Abzugs für die gesetzlichen Feiertage verlangt, daraus wurde von ihnen verlangt, entweder einen Stundenlohn-Tarif zu unterschreiben oder das Geschäft zu verlassen. Sie wählten das letztere.

In Geringswalde i. S. stehen jetzt, wie uns telegraphirt wird, 300 Arbeiter der vier größten Schuhfabriken im Streik.

In München stehen die Stuckateure der Firma Rapp n. Stobe im Streik zwecks Durchführung des von den Münchener Stuckateuren aufgestellten Lohnsatzes. Sie bitten die auswärtigen Fachgenossen, den Zugang streng fernzuhalten.

Der Münchener Gewerkschaftsverein hat eine Streik-Kontrollkommission eingesetzt und ihr ein Reglement gegeben, woraus als wichtigste Bestimmung die mitgetheilt sei, daß Streiks, die ohne Zustimmung des Gewerkschaftsvereins begonnen wurden, keinen Anspruch auf Unterstützung haben.

Die Schmiede von Nürnberg und Umgegend haben folgende Forderungen gestellt: Abschaffung der Befähigung und des Quartiers beim Meister, 10 stündige Arbeitszeit, Bezahlung eines wöchentlichen Minimallohns von 10 M., Vergütung der Ueberstunden mit 25 pCt. Zuschlag. Mehrere Meister bewilligten bereits.

Der Maurerstreik in Kissingen scheint die dortigen Behörden in eine Situation gebracht zu haben, gegen welche die der Großmächte vor Kreta das reine Jucken ist. Unsere bayerischen Parteigänger berichten darüber: Die Herren Meister renomiren

mit ihren Erfolgen, Streikbrecher heranzuziehen, und richteten es wohl nicht ohne Absicht ein, daß am letzten Sonntag mit den Nachmittagsstunden solche „Arbeitswillige“ (zirka 15 bis 20 Mann) ankamen. Die Streikbrecher wurden auf dem Bahnhofe demonstrativ gesammelt und unter Bedeckung von Genarmen in die Stadt geführt. Dies erregte natürlich Aufsehen. Neugierige folgten dem Zug, Streikende kamen dazu, so daß schließlich eine Menge von einigen hundert Personen sich vor dem „Streikbrecherhotel“, dem Restaurant „Bübel“ wo die Ankömmlinge untergebracht wurden, angeammelt hatte. Niemand dachte an Standal oder Aufrucht. Aber einige hundert Menschen auf einem Kanale zu sehen, ohne daß es sich um eine Wismar-demonstration handelt, wirkt in Kissingen beängstigend, und die Stadtverwalter thaten ihre Pflicht. Der Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Fuchs witterte Revolution, ditz ein Affessor v. Thüngen, dem das Malheur passirte, gerade in dieser unerhört schwierigen Situation den Bezirksamtmann vertreten zu müssen. Der Bürgermeister Fuchs, besagter Herr v. Thüngen und noch ein Affessor Herr v. Raumer, eilten also in Amtstracht roeto Uniform mitten ins Gedränge. Dann hielt die hohe Obrigkeit eine Ansprache an das „rebellische“ Volk, das da stand und stumm vernahm, „im Namen Sr. Maj. des Königs“ angedredt und aufgefordert zu werden, sofort den Platz zu verlassen, sonst würde mit Gewalt vorgegangen. Die Gewalt erchien auch auf der Stelle in Gestalt der städtischen Feuerwehr: an Stelle von Kanonen wurde die Feuerpistole aufgeführt. Da die Menge sich aber zum großen Theile aus Neugierigen, es waren sogar Damen und Herren aus der „Gesellschaft“ darunter, zusammensetzte, löste sich der Aufmarsch in würdiger Weise auf und die Staatserhalter im Zivilienst hatten ihre rettende That vollbracht. Damit das Bild jedoch noch schöner werde, wurde auch die Militärband ausgeboten. Und so sorgte neben den Spritzenmännern das Landwehr-Bezirkskommando unter dem Kommando des Oberlieutenants v. Zobel und des Majors Burkhard für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe in der Restauration „Bübel“. Während des ganzen Aufmarsches erfolgte eine Verhaftung, doch war der „Ufweicht“ kein Streikender. Nun arbeiten in Bad Kissingen an jeder Baustelle 2 oder 3 Maurer, beschrift mit ebensov viel Genarmen. Sonst aber ist der Wismar-demonstration vollkommen ruhig.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Unser Parteigenosse Karl Schulze, Reichstags-Abgeordneter für Königsberg, ist am Donnerstag Abend 10 1/2 Uhr gestorben. Wie den näheren Parteifreunden des Verstorbenen bekannt war, hatten die Aerzte bei der weit vorgeschrittenen Lungen-erkrankung keine Hoffnung auf eine Wiederherstellung seiner Gesundheit gehegt. Schulze hatte in den letzten Tagen noch die sehr beschwerliche Reise von Königsberg nach Berlin gemacht, um hier, wo er lange in der Partei gewirkt hatte und die hochbetagten Eltern wohnen, seine letzten Tage zu beschließen. Schulze befand sich im Alter von 89 Jahren. Er ist unserer Berliner Parteigenossen aus der Zeit des Sozialistengesetzes bekannt und mußte als ein Opfer der durch dieses Gesetz gegen unsere Parteigenossen angefaßte Verfolgung am 17. November 1888 Berlin verlassen. Von hier ging er nach Gdelsk, später nach Chemnitz und dann nach Königsberg i. Pr., wo er im Jahre 1890 in den Reichstag gewählt wurde und im Jahre 1893 aufs neue das Mandat errang. Die Krankheit hat sich unserer Parteigenosse im Kampf für unsere Partei, in der Verfolgung, die ihm auch seine wirtschaftliche Existenz erschwerte, zugezogen. Alle, die ihn kannten, werden ihn als einen eifrigen Anhänger unserer Sache kennen, der auf schwerem, vorgeschobenem Posten seiner Parteipflicht im hohen Maße genügt. Ehre seinem Andenken.

Geestemünde, 1. April. (B. Z. B.) Der Fischereidampfer „Paul“ landete heute hier acht Mann von einer bei Loddberg (Zitland) getrandeten norwegischen Brigg, welche mit einer Ladung Grubenbühler von Tostetrand nach Tröport bestimmt war. Die Mannschaft war mit Hilfe der Rettungsleine durch das Wasser an Bord des „Paul“ gebracht worden.

Frankfurt a. M., 1. April. (B. Z.) Die „Frankfurter Ztg.“ meldet aus Straßburg i. El.: Die Behörde hat, dem „Straßburger Tageblatt“ zufolge, die Verbreitung des in Straßburg erscheinenden Merikalen „Eisäffer“, soweit er von den Expeditionen der aufgehobenen „Colmarer Zeitung“ und des „Mülhauser Volksblatt“ ausgeht, verboten. Der „Eisäffer“ war an Stelle der beiden unterdrückten oberelsässischen Merikalen Blätter deren Abonnenten zugestellt worden.

Köln, 1. April. (B. Z.) Die „Köln. Ztg.“ erhält Kenntniß von einem sehr befremdlichen Erlaß der Minister des Innern und der Justiz, wonach die Staudesbeamten bei Aufnahme von Verhandlungen über Aufgebote, Eheschließungen und Geburten die Beteiligte auf ihre kirchlichen Verpflichtungen hinzuweisen haben. Die Anregung dazu ist angeblich von kirchlicher Seite ausgegangen. Die „Köln. Ztg.“ bemerkt, es sei lebhaft zu bedauern, daß die Ministerien solcher Anregung Folge gegeben haben.

Bern, 1. April. (B. Z. B.) Soweit bisher ermittelt wurde, sind aus dem heute Nacht auf der Linie Genf-Bern herabenden Postwagen nur etwa 300 Franken entwendet worden. Der Wagen war ein Ergänzungswagen mit nur einem Angestellten, während in dem nachfolgenden eigentlichen Postwagen mehrere Angestellte arbeiteten, die garnichts von dem Vorfall vernahmen. Der ermordete Beamte Angst nahm die letzten Sendungen in Lausanne entgegen und trug die richtig in die Kontrolle ein; es wird daher angenommen, daß die That zwischen Lausanne und Bern geschehen ist. Bei Flamat fährt gegenwärtig der Zug äußerst langsam, da dort eine Brückenreparatur vorgenommen wird; daher ist dort ein Abspringen vom Zuge sehr leicht möglich. Festgestellt ist, daß die Wagenhütern nur mittels des besonderen Postschlüssel zu öffnen oder zu schließen sind. Der Wagen war aber bei der Ankunft in Bern regelrecht geschlossen und Angst hatte seinen Schlüssel neben sich liegen; der Mörder besaß also einen Nachschlüssel. Offenbar hat der Mörder nur nach barem Gelde gesucht, da die Säckel vollständig und auch die Werthschriften- und Obligationensendungen unberührt sind. Es ist nur ein Postpfi mit 200 Fr. und eine goldene Uhr im Werthe von 100 Fr. verschwunden. Von dem Thäter fehlt auch jetzt noch jede Spur.

Wien, 1. April. (B. Z.) Einer aus offizieller Quelle kommende Meldung zufolge haben nun sämmtliche Mächte, England inbegriffen, die Blockade des Golfs von Athen akzeptirt. Diefelbe soll, sobald der geeignete Moment gekommen, ins Werk gesetzt werden.

Madrid, 1. April. (B. Z. B.) Nach einer Depesche aus Manila hat General Yramillo die Aufständischen bei Bundolan geschlagen, wobei 149 Aufständische und 1 spanischer Soldat fielen.

Ranea, 1. April. (B. Z. B.) Oberst Vassos richtete heute ein Schreiben an den orthodoxen Bischof in Ranea, in welchem er anbietet, 42 kirchliche Soldaten und 2 Offiziere, welche in dem letzten Gefechte bei Malaza gefangen wurden und in Miklan zurückgehalten werden, unter der Bedingung ihrer Entferrnung von Kreta anzuliefer. Die Admirale sind von der Angelegenheit sofort unterrichtet worden.

Washington, 1. April. (B. Z.) In der Erklärung, welche der Staatssekretär des Auswärtigen den Vertretern der Mächte, die ihm die Blockade Kreta's notifizirten, gab, heißt es unter anderem, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, da diese nicht Signatarmacht des Berliner Vertrages seien, durch die Stipulationen dieses Vertrages sich nicht für gebunden erachte. Sie nehme die Mittheilung von der Blockade zur Kenntniß, behalte sich aber vor, die hierbei in betracht kommenden Fragen des internationalen Rechts vom Standpunkte ihrer eigenen Handels- und sonstigen Interessen frei zu erwägen.

reimte und ungerichte Zeug hätte dem alten Mann nun nicht weiter geschadet, wenn nicht einige der Schuldigen so grausam gewesen wären, die verbrochenen Verbrechen nach Friedrichstr. zu senden. Eine hiesige Zeitschrift, der „Deutsche Radfahrpost“, hat sogar sein Festgedicht mit einem „Adress“ in eine laustvolle Mappe verpackt. Wir haben gewiß keine Sympathie mit dem alten Arbeiterfeind, aber so etwas hätten wir ihm doch nicht antun mögen.

Die Simon Blad'sche Testaments-Angelegenheit soll neuerdings, wie berichtet wird, eine ganz überraschende Wendung genommen haben. Die übergangenen Erben des Blad, der sein über 1 1/2 Millionen Mark betragendes Vermögen den Städten Berlin, Mainz und Bingen vermacht, hatten in einem Immmediatgesuch an den Kaiser gebeten, der Zuwendung die landesherliche Genehmigung zu verweigern. Diefem Gesuche sind nun zahlreiche eidesstattliche Ausfagen beigefügt worden, welche es außer allem Zweifel lassen, daß der verstorbene Millionär in den letzten sechs Jahren seines Lebens an hochgradigem Verfolgungswahnsinn gelitten hat. Von den vernommenen Dienstboten, die während dieser Zeit bei Blad in Stellung waren, machen vier ganz unheimliche Angaben über das Leben und Treiben des Mannes. Von noch größerem Gewicht ist aber die Aussage des langjährigen Hausarztes des Herrn Blad. Derselbe erklärt, er habe oft Kaffee und Suppen untersucht müssen, von denen Herr Blad behauptete, daß ihnen seine eigene Schwester und deren Sohn — das sind die gesetzlichen Erben des Herrn Blad — Gift beigemischt hätten! „Im Juli 1891“, so heißt es in der notariell beglaubigten Erklärung des Arztes, „erneuerte Herr Blad sein Testament und übergab mir dasselbe zur Einsicht. Als ich es gelesen und ihn ersucht fragte warum er denn seiner Schwester, die doch so viele Jahre bei ihm gewesen sei, kein bestimmtes Kapital ausgesetzt habe, erwiderte er: „Hält mir gar nicht ein! Damit die Wände noch schneller um die Ecke bringe!“ — Am Schlusse faßt der Hausarzt seine sechsjährigen Beobachtungen dahin zusammen: „Auf Grund der von mir gemachten Wahrnehmungen kann ich mit bestem Wissen und Gewissen die Ansicht aussprechen, daß Herr Blad im Jahre 1891 an Verfolgungswahnsinn gelitten hat, und zwar erstreckte sich seine Wahnbilder nicht allein auf fremde, ihm unbekannte Menschen, sondern hauptsächlich auf seine eigene Schwester, von der er seit übergenügt war, daß sie die Absicht hatte, ihn in Gemeinschaft mit ihrem Sohne durch Gift aus der Welt zu schaffen.“ Nach allen diesen Angaben, die noch durch das motivierte Gutachten eines hervorragenden Irrenarztes unterstützt werden, ist es allerdings nicht un möglich, daß man es hier mit dem Testament eines Wahnsinnigen zu thun hat, der seine Verwandten nur deshalb enterbte, weil er sie für seine Verfolger hält. Möglich ist es auch, daß Blad schon damals geisteskrank war, als er im Damenklubben den Stationsvorsteher mit dem Dolchmesser bedrohte, und als ein Ausbruch dieser Krankheit war denn auch die an die Stadt Berlin gestellte Forderung zu betrachten, ihm ein lebensgroßes Denkmal in Erz setzen zu lassen. Sehr bezeichnend ist es übrigens, daß der erwähnte Hausarzt die Annahme der ihm testamentarisch vermachten Bibliothek des Herrn Blad mit der Begründung verweigerte, daß er aus dem Testament eines Geisteskranken keinerlei Vortheile ziehen wolle. . . .

Zustizrath Makower, der stellvertretende Vorsitzende der Anwaltskammer ist hier gestern 68 Jahre alt, gestorben. Das „Berl. Tagebl.“ rühmt dem Toden nach, daß er niemals um des materiellen Vortheils willen ein Rechtsmandat übernommen habe.

Mit dem **Verkaufsvermittler Georg Wendler** sind auch zwei seiner Agenten verhaftet worden. Es wird berichtet, daß Wendler klagte, die ihm zur Last gelegten Betrügereien bezogen zu haben.

Zwei aus Magdeburg entlassene Militärsträflinge, namens Großmann und Mund, die auf dem Bahnhof Großdresdenerstraße Beamte bedrohten, wurden zunächst zur Polizeiwache und von da in Militärarrest gebracht.

Daud an sich gelegt hat der Kaufmann Otto Böser, der aus Lindenwalde hierher gekommen war, um in der Weidenburgerstr. 34 ein Mehl- und Vorkostgeschäft einzurichten. Seine Angehörigen befinden sich noch in Lindenwalde und er selbst war hier auch noch nicht polizeilich gemeldet. Da das Geschäft nicht geöffnet wurde, so ließ die Polizei des St. Reviers es am Mittwoch Vormittag öffnen und fand nun Böser als Leiche mit einer Schnur an einem Haken hängen. Was ihn zum Selbstmord veranlaßt hat, weiß man nicht. Seine Räume sind von der Behörde geschlossen worden.

In Moabit hat in der Nacht zu gestern ein Miether im Hause des Maurermeisters F. Sprick, Bremerstr. 51, seine Wohnung vorzüglich in Brand gesetzt. Um 11 Uhr wurde die Feuerwehre benachrichtigt; diese war aus der nahen Feuerwache in der Thurmstraße schnell zur Stelle und stellte bald fest, daß an verschiedenen Stellen die Betten, Möbel und der Fußboden mit Petroleum getränkt waren. Die Flammen konnten noch so schnell gelöscht werden, daß die Löschmannschaften noch ein klares Bild von der Brandstiftung gewannen. Die Polizei nahm den Inhaber der Wohnung in Haft.

Gestohlene Uhr. Das Polizeipräsidium theilt mit: Am 29. v. M. wurde einem bis jetzt unbekannt gebliebenen Manne in trunkenem Zustande auf dem Plur des Hauses Invalidenstr. 44/45 eine silberne Zylinderuhr mit der Nummer 42 589, auf 8 Steinen gehend, mit Talminette gestohlen. Der Dieb ist ermittelt und die Uhr in Verwahrung genommen worden. Der rechtmäßige Eigentümer der Uhr wolle sich in den Vormittagsstunden zwischen 10 und 12 Uhr in dem Zimmer Nr. 331 des Präsidialgebäudes am Alexanderplatz einfinden.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche der 75 Jahre alten Wittwe Anna K. h. geb. Korth, die bei dem Grüntrambändler Bartelt in der Hasenheide 50 wohnte. Man hatte die alte Frau den ganzen Tag über nicht gesehen, ließ Mittwoch Abend um 8 Uhr ihre Wohnung öffnen und fand sie als Leiche auf. Die Todesursache konnte nicht festgestellt werden.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 48 Jahre alte Wirth Friedrich Harns aus der Witschenerstr. 107, der sich in seiner Wohnung beim Reinigen eines Revolvers durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt hatte. Der Verunglückte ist im Krankenhaus Am Urban gestern gestorben. Gleichfalls ist am Donnerstag früh die Zimmervermieterin Langner in der Charite gestorben, die sich in ihrer Wohnung in der Eljaferstraße durch Gift zu tödten versuchte.

Eine Mahnung zur Vorsicht! Vorgefunden Abend starb der 1 1/2 jährige Sohn des Kustbaterstraße 51 wohnenden Malers August Sierakowsky an den Folgen einer Vergiftung, die er sich durch den Genuß von Tuschfarben zugezogen hatte.

Theater. In der heute im Abend-Theater stattfindenden ersten Aufführung von „Alein Geld“ liegen die Hauptrollen in den Händen der Damen: Ed. Anna Müller, Schönborg und Pauli; der Herren: Will, Weich, Walter, Schwaner, Wach, Kettner, Wöhring und Pauli.

Zur Firtus Busch wird am Sonnabend das Ausstattungsstück „Nach Elbitten“ zum 100. Male aufgeführt.

Aus den Nachbarorten.

In Niddorf findet am nächsten Sonntag, mittags 12 Uhr, in den Victoriajalen, Hermannstr. 49/50, eine Volksversammlung für Frauen der arbeitenden Bevölkerung statt. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der von der Kommission ausgearbeiteten Statuten betreffs Gründung eines Bildungsvereins für Frauen und Mädchen. Wir machen auf diese wichtige Versammlung ganz besonders aufmerksam.

Die zweite Schöneberger Ringbahnstation, die zwischen der Tempelhofer- und Mozartstr. angelegt wird, ist jetzt nahezu

fertig gestellt, so daß ihre Eröffnung bestimmt am 1. Mai erfolgen kann.

Ein Auffsehen erregender Steckbrief wird von der Staatsanwaltschaft des Königl. Landgerichts II erlassen. Der Professor Dr. Waldemar Ortleb, geboren am 28. Mai 1844 zu Schweinmünde, wird wegen schwerer Urkundenfälschung in gewinnstüchtiger Absicht (§§ 267, 268, 74 des St.-G.-B.) verfolgt. Professor Ortleb, welcher ein Anwalt an der Berliner Universität nicht inne hatte, lebte zuletzt in Vororte Hermsdorf, wo er sich mit philosophischen Studien und Schriftstellerei beschäftigte. Das Signalement des Steckbriefes lautet wie folgt: Größe 1,75 Meter, Statur: sehr kräftig, Gesicht: voll, rötlich.

Ueber den Selbstmord eines Kindes wird aus Spandau berichtet: Ein 11-jähriger Knabe, Pfliegerohn des Seeburgerstr. 39 wohnhaften Arbeiters Lehmann, hat gestern Selbstmord bezogen. Er hatte auf der Straße Ungezogenheiten vollführt, die einen Polizeibeamten zum Einschreiten veranlaßten. Die Mutter drohte darauf dem Knaben, daß er seine Strafe vom Vater erhalten würde. Darauf ging der Knabe in den Stall und tödtete sich durch Erhängen.

Gerihts-Beitung.

Ein frommer Katholik ist der Arbeiter Przybyl. Jeden Sonntag ging er in die Kirche. Das hinderte ihn aber nicht, an der fünfjährigen Tochter eines Hausgenossen ein abscheuliches Sittlichkeitsverbrechen zu begehen. Da Przybyl zur Zeit der That an einer geheimen Krankheit litt, so übertrug er diese Krankheit auch auf das von ihm mißbrauchte Kind, das infolge dessen über zwei Monate im Krankenhaus zubringen mußte und auch gegenwärtig noch nicht völlig wieder hergestellt ist. Die erste Strafammer des Landgerichts II (die That ist in Charlottenburg verübt) verurtheilte den Angeklagten in anbetragt der ganz besonders rohen Handlungsweise und da er schon einmal wegen Sittlichkeitsvergehen vorbestraft ist, zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren.

Eine Klage gegen die „göttliche Weltordnung“. Auf der Anklagebank vor der 2. Strafammer des Landgerichts I befand sich gestern ein armes vergräntes Weib. Es war die verehelichte Zimmermanns-Gehelva Maria Drescher, welche durch Fahrlässigkeit den Tod ihres Kindes verschuldet haben sollte. Sie entrollte folgendes trübe Bild aus dem Arbeiterleben. Sie sei Mutter von sechs lebenden Kindern, von denen das älteste 10 Jahre alt sei. Mit ihrem Ehemann und dessen Vater hatten sich also neun Personen in die aus Stube und Küche bestehende Wohnung zu theilen. Die beiden Männer mußten schwer arbeiten, nach genossenem Abendbrot pflegten sie sich zur Ruhe zu legen. Aber auch sie sei von früh bis spät mit Arbeit überhäuft, wenn sie ihre Wohnung und ihre sechs Kinder in Ordnung halten wolle. Am Morgen des 17. Januar d. J. sei sie wie gewöhnlich um drei Uhr aufgestanden, die beiden Männer mühten sich früh zur Arbeit und vorher Kaffee trinken. Sie habe in der Küche Wasser warm gemacht und einen Eimer voll lauwarmen Wassers in die Stube getragen, da sie ihr acht Wochen altes Kind baden wollte. Sie stellte den Eimer neben sich und setzte sich auf die Bettante, um dem Kinde vorher Nahrung zu geben. Ob sie nun hierbei einen Ohnmachtsanfall gehabt, oder ob sie vor Uebermüdung eingeschlafen sei, wisse sie nicht. Plötzlich sei sie aufgeschreckt, sie vermisse das Kind, welches an ihrer Brust gelegen. In ihrem Entsetzen erblickte sie den kleinen Körper mit dem Kopfe nach unten im Eimer liegen. Das Kind war dem kraftlosen Arme entglitten und in den Eimer gefallen. Es war bewußtlos, als die Mutter es emporzog und es zu ihrem Manne ins Bett legte, den sie erst wecken mußte. Dann küßte sie zum nachwohnenden Knecht — er lehnte es ab zu kommen. Ein zweiter Arzt folgte mit nach ihrer Wohnung, die von ihm angestellten Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Der Sachverständige Professor Dr. Strahmann begutachtete im Termin, daß das Kind den Erstickungstod erlitten habe.

Der Staatsanwalt hielt eine Fährlässigkeit für vorliegend, für die er das zulässig niedrigste Strafmaß — einen Tag Gefängnis — beantragte. Der Gerichtshof sprach die Angeklagte frei. Der Vorsitzende, Landgerichtsrath Brandt, führte aus, daß man es nicht als eine Fahrlässigkeit bezeichnen könne, wenn ein dermaßen mit Arbeit überbürdetes Weib wie die Angeklagte, sich unter den vorliegenden Umständen vom Schlafe überwältigen ließ.

Auch gestern hatte sich das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Niede mit einer Klage wegen Mäuzverbrechen zu beschäftigen. Nicht weniger als acht Personen befanden sich auf der Anklagebank: 1. der Kellner Robert Briesemeister, 2. Kellner Otto Kühn, 3. Kellner Arthur Klisch, 4. Kellner Waltherr Briesemeister, 5. Koch Karl Molter, 6. Schriftföher Waltherr Diebig, 7. Kellner Arthur Polinski, 8. Kellner Richard Winkler. — Den Angeklagten standen die Rechtsanwälte Rehbach, Leop. Meyer, Stegm. Maruse, Dr. Gennrich, Mühsam, Natur, Dr. Wisch und Morris als Verteidiger zur Seite. — In der zweiten Hälfte des vorigen Jahres tauchten gleichzeitig in Berlin, Hamburg, Altona und an anderen Orten falsche Ein- und Zweimarstücke auf. Die Mehrzahl der falschen Zweimarstücke trug zum theil das Bildniß des Königs Albert von Sachsen mit der Jahreszahl 1877, zum theil das Bildniß des Kaisers Wilhelm I. mit der Jahreszahl 1878. Schon im November 1896 gelang es, der Falschmünzer und ihrer Genossen habhaft zu werden. Es stellte sich heraus, daß zwei Werkstätten bestanden, in welchen die Falschstücke gegossen wurden. Die ursprüngliche Werkstatte war die des Angeklagten Klisch in der Thurmstraße 7. Von hier aus wurden die Falschstücke durch die Angell. Klisch, Molter, Robert und Waltherr Briesemeister und Diebig in den Verkehr gebracht. Im Oktober vorigen Jahres reisten Robert Briesemeister und Karl Molter mit einem größeren Vorrath falscher Zweimarstücke nach Hamburg und setzten sie dort in Restaurationen, Zigarrenläden, Obsthandlungen etc. in Umlauf. Klisch hatte ihnen bei ihrer Abreise 89 falsche Einmarstücke mitgegeben und ihnen dann noch über 300 M. in falschen Ein- und Zweimarstücken nachgeliefert. Während Molter eine Stelle als Schiffstoch annahm, lehrte Robert Briesemeister nach Berlin zurück und versuchte nun, die Falschmünzerei auf eigene Faust zu betreiben. Er zog deshalb zu dem in der Chausseestraße wohnenden Angeklagten Kühn und hier entstand nun eine zweite Werkstatte. Die letzten beiden Angeklagten, Polinski und Winkler haben nach den polizeilichen Ermittlungen von der Anfertigung der Falschstücke genaue Kenntniß gehabt, ohne der Polizeibehörde davon Anzeige zu erstatten. — Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Spruch der Geschworenen lautete auf Schuldig in betreff der ersten sechs Angeklagten, die Angeklagten Polinski und Winkler wurden freigesprochen.

Das Urtheil lautete gegen Klisch auf 2 Jahre, gegen Robert Briesemeister auf 1 Jahr 6 Monate, Molter 1 Jahr, Kühn acht Monate, Briesemeister und Diebig je vier Monate Gefängniß, gegen die ersten vier Verurtheilten wurde außerdem auf Ehrverlust erkannt. Von sämmtlichen Strafen wurden je drei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht.

Jugendlicher Leichtsin war es, welcher einen siebzehnjährigen jungen Mann dazu veranlaßte, im Uebermuth der Trunkenheit die Schaufensterheide eines Kaufmannsladens in Charlottenburg einzuschlagen und ein Paar Stiebeln aus dem Laden zu entnehmen. Er wurde auf frischer That erwischt und in Untersuchungshaft geführt. Thränenden Auges erschien er auf der Anklagebank vor dem Landgericht II. Seine Mutter sah schluchzend im Zuschauerraum und suchte von da aus zu gunsten ihres Sohnes zu interveniren. Der Gerichtshof ließ die Trunkenheit des Angeklagten als mildernden Umstand gelten und erkannte mit Rücksicht auf seine augenscheinliche Reue auf einen

Monat Gefängniß, der durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde.

Müssen Privat-Krankenhäuser einen Garten haben? Diese Frage, die nicht nur für die beteiligten Aerzte, sondern auch für das Publikum von eminenten Bedeutung ist, unterlag am Donnerstag der Prüfung des Ober-Verwaltungsgerichts. Der Polizeipräsident von Berlin versagte im vorigen Jahre dem Frauen- arzte Dr. Vogel die Erlaubniß, im Hause Michaelstrichplatz 10 eine Privatheilanstalt zu eröffnen, weil das Grundstück keinen Garten hat. Nach Meinung der Polizei entsprachen aus diesem Grunde die Anstaltsanlagen nicht den sanitätspolizeilichen Anforderungen, die auf Grund des § 30 der Gewerbe-Ordnung an die baulichen und technischen Einrichtungen einer Privat-Heilanstalt gestellt werden können. Die fragliche Verfügung griff Dr. Vogel im Verwaltungsstreite an und machte besonders geltend, daß ein Garten weder zu den baulichen, noch zu den technischen Einrichtungen eines Krankenhauses gehöre. Vom Bezirksausschuß wurde denn auch die polizeiliche Verfügung, durch die ihm die Konfession verweigert worden war, aufgehoben. Thatsächlich gehöre, führte das Gericht aus, ein Garten dem Begriffe nach nicht zu den baulichen und technischen Einrichtungen im Sinne des § 30 der Gewerbe-Ordnung. Der Polizeipräsident legte gegen das Urtheil Berufung ein und erzielte auch insofern einen Erfolg, als die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Verhandlung in die Vorinstanz zurückerwiesen wurde. Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte die Annahme des Bezirksausschusses für irrig, wonach von dem Unternehmer einer Privat-Krankenanstalt überhaupt nicht die Zugehörigkeit eines Gartens verlangt werden kann, weil ein Garten keine bauliche und auch keine technische Einrichtung wäre. So allgemein sei die streitige Frage nicht zu entscheiden. Es komme vielmehr auf den einzelnen konkreten Fall an. Je nach den vorliegenden Umständen sei zu entscheiden, ob das Vorhandensein eines Gartens aus sanitätspolizeilichen Gründen gefordert werden müsse oder nicht. Im Falle des Klägers habe nunmehr der Vorderrichter dieser Frage näher zu treten.

Eine der bisherigen Praxis der Steuerbehörden entgegengetretene Plenar-Entscheidung der Steuerkassen des Ober-Verwaltungsgerichts, die vom Senatpräsidenten Finsing in der „D. Jur. Ztg.“ mitgetheilt wird, ist von ungewöhnlicher Wichtigkeit für die Ermittlung des Einkommens der Hausbesitzer, Landwirthe und Gewerbetreibenden. Die Entscheidung beschäftigt sich mit der Bemessung der im § 9 I³ des Einkommensteuer-Gesetzes allgemein zugelassenen regelmäßigen jährlichen Absetzungen für Abnutzung von Gebäuden, Maschinen, Betriebsgeräthchaften u. s. w., führt aus, daß die Anwendung der Zinseszinsrechnung bei Bemessung der im § 9 I³ vorgesehenen Absetzungen wegen Abnutzung ausgeschlossen ist und stellt für die Bemessung der Abnutzungsquote folgende Grundsätze fest: 1. Berücksichtigt wird nur die Werthverminderung durch Abnutzung der Gebäude, Maschinen u. s. w. im gewöhnlichen Betriebe, d. h. durch Verringerung oder Verschlechterung infolge natürlicher Einflüsse und bestimmungsmäßigen Gebrauches bei regelmäßigem Verlaufe der Dinge, nicht aber infolge außerordentlicher Vorkommnisse, wie Unglücksfälle, Betriebsänderungen u. s. w. 2. Die Abnutzungsquote bemißt sich als schwankende Ausgabe (§ 10 a. a. O.) regelmäßig nach dem im Durchschnitt der maßgebenden Vorjahre eingetretene, falls aber die Durchschnittsberechnung wegen der Kürze des Bestehens der Quelle nicht angewandt werden kann, nach der für das Steuerjahr unmittelbar zu erwartenden Werthverminderung. 3. Hierbei ist nicht von dem ursprünglichen Werthe der Gebäude u. s. w. zur Zeit der Errichtung, sondern von dem jeweiligen Werthe anzugehen, den sie bei Beginn des für die Veranlagung maßgebenden Zeitraums in Wirklichkeit (nicht etwa bloß buchmäßig) gehabt haben; jedoch bleibt eine Werthverminderung, die ein Gegenstand erlitten hat, bevor er ein Bestandtheil des Vermögens des Steuerpflichtigen wurde, außer betracht. 4. Die Ermittlung der im Vergleich mit diesem Werthe (zu Nr. 3) erfolgten jährlichen Werthverminderung geschieht unter Berücksichtigung aller dieser im einzelnen Falle wesentlichen Umstände, also bei Gebäuden insbesondere des baulichen Zustandes, der örtlichen Lage, der Einwirkung der Bitterung, vor allem aber der Verunreinigungsart (Wohnhäuser im Gegenst. zu Wirtschaftsgebäuden, Stallungen, Fabrikationsstätten etc.). 5. Für die praktische Handhabung dieser Grundsätze genügt es, daß die Veranlagungsbehörden bestimmen, der durchschnittlichen jährlichen Werthveränderung der betreffenden Gegenstände bei gemeinwöhnlichen Verhältnissen voll entsprechende Durchschnittsziffer, bis zu welchen die beanspruchten Abnutzungsquoten unbeanstandet zugelassen werden können, festsetzen und so lange anwenden, als nicht etwa besondere, eine größere Werthverminderung bedingende thatsächliche Umstände von dem Steuerpflichtigen geltend gemacht und nöthigenfalls nachgewiesen sind.

Schwindelaktionen. Der Weinändler Ludwig Peters zu Mannheim hatte hier durch den Agenten Alexander Adler 1000 Flaschen „Rum“ zum Preise von 64 bis 75 Pf. für die Flasche verauktioniren lassen, während der wirkliche Werth des aus Wasser und 8 pCt. Spiritus bestehenden Gemisches sich auf höchstens 50 Pf. belief. Der Händler erhielt gestern wegen Vergebens gegen das Nahrungsmittel-gesetz 14 Tage Gefängniß und 300 Mark Geldstrafe, der Agent kam mit 100 Tage davon.

Der Operetten-Komponist Hofrath Jeller in Wien, der des Betrügers und des Falschheides beschuldigt war, wurde nach mehrtägiger Verhandlung zu einem Jahre schweren Kerlers verurtheilt.

In der Verhandlung gegen den Schlächtermeister Hallmann, über die wir in Nr. 69 berichteten, theilt uns der Kläger, Dr. jur. Rosenbergr, berichtend mit, daß die Beleidigungen nur von dem Beklagten ausgegangen seien. Ferner schreibt uns Herr Dr. Rosenbergr: „Die von mir gegen den betreffenden früheren Schüler angebrachte Klage richtet sich nicht auf Zahlung eines von mir für den erhaltenen Unterricht geforderten Betrages; der betreffende Schüler, Besitzer eines nach Millionen zählenden Vermögens, machte mir vielmehr nicht nur freiwillig, sondern nach langem Sträuben meinerseits, schriftlich ein remuneratorisches Schenkungsversprechen.“ Nachdem der Schüler anfangs seine Zahlungspflicht erfüllt habe, habe er plötzlich aufgehört, seinen Verpflichtungen nachzukommen, so daß Dr. Rosenbergr klagen mußte.

Soziales.

Ein Urtheil über die von mir wohl viele geschrieben werden, wird im „Braunschweiger Volksfreund“ veröffentlicht. Er lautet: „Blankenburg, den 9. Februar 1891. Herrn Kollegen Rünzberg hier.

Antwortlich Ihres geehrten Gesirigen theile Ihnen mit, daß der genannte Müllig (Gras) bei der Reichstagswahl sozialdemokratisch gewählt hat, trotzdem derselbe mir versprochen, anders zu wählen. Sonst kenne ich seine sonstigen Eigenschaften nicht, ich weiß nur, daß derselbe von mir im Lohne geführt ist, da derselbe sehr langsam arbeitet.

Mit kolleg. Gruß
W. Mügge.“

Dieser Herr Mügge ist herzoglicher Hof-Zimmermeister. Im vorigen Herbst, bei der Anwesenheit des Kaisers, soll er seine Arbeiter zum Spalierbilden mit der Bemerkung kommandirt haben: Wer nicht da ist, ist aus der Arbeit entlassen. Auch über niedrige Bezahlung seiner Arbeiter wird in der Richtig Klage geführt.

Ueber die Arbeitsföhne und die Kospizialität des Lebensunterhalts in West-Australien berichtet der „Hamburger Korrespondent“: In Perth bekommen Zimmerleute 11 Schilling per Tag (1 Schilling = rund 1 M.), Maurer 12 Schilling, Gipser 11 Schilling, Handlanger 9 Schilling. Gegenwärtig verlangen sie

Sämmtlich 1 Schilling den Tag mehr. Nur die Maurer sind mit ihrem jetzigen Lohn zufrieden. Sollte die Forderung nicht gewährt werden, so soll ein allgemeiner Ausstand in Vertik und Bremen beginnen. Die Kosten der Lebenshaltung sind allerdings in Westaustralien sehr hoch. Für 10 Schilling dort läßt sich nicht mehr kaufen, als für 6 in London. Die Miethe eines kleinen Hauses mit drei Zimmern in den beiden genannten Städten ist 1 Pfd. Sterling (20 M.) wöchentlich. Dabei giebt es häufig Wassermangel, wenn der Wassermesser auf 100-110 Grad Frohheit im Schatten steht. Eine Familie mit 2 Kindern kann ohne 2 Pfd. 10 Schill. (rund 50 M.) die Woche nicht auskommen.

Gewerkschaftliches.

In Brandenburg haben die Maurer auf sämmtlichen Bauten die Arbeit niedergelegt. Die Veranlassung hierzu ist folgende: Ueber den Kasernenbau des Maurermeisters Borneleit wurde von den Arbeitern die Sperrung verhängt, weil von dem Unternehmer die Mitglieder des Verbandes gemahngelassen wurden. Gestern wurde von allen 24 Meistern und Unternehmern je 2 Maurern mitgeteilt, daß sie am Kasernenbau zu arbeiten hätten. Da diese sich erklärten, die Arbeit nicht dazu hergeben zu wollen, die eigene Organisation zu schädigen und sich weigerten, auf diesen Bau zu arbeiten, wurden 48 Mann entlassen. Die Meister sind kontraktlich verpflichtet, zwei Mann zu stellen bei 500 M. Konditionalstrafe. Die Maurer mußten annehmen, daß an andere nun die Zustimmung gestellt werde, bei Herrn Borneleit zu arbeiten. Daher haben sie heute früh auf fast sämmtlichen Bauten die Arbeit niedergelegt. Seit langem schon mag der Schlag gegen die Maurer von Seiten der Unternehmer geplant sein. Die Maurer haben den Meistern die Forderung um Aufbesserung des Lohnes auf 40 Pf. pr. Stunde vor einiger Zeit unterbreitet. Diesen gewiß nicht hohen Lohn verweigern die Herren, trotzdem bekannt ist, daß sie selbst sich 50, 60 bis 70 Pf. pr. Stunde von den Bauherren bezahlen lassen. Um einem Vorgehen der Arbeiter zuvorzukommen, haben die Herren den Schlag gegen die Arbeiter geführt. Die Maurer hatten das ausdrückliche Versprechen, ohne Kampf, auf gütlichem Wege einen Ausgleich mit den Unternehmern herbeizuführen, jetzt sind sie zum Kampf getrieben und werden ihn mit äußerster Fähigkeit durchsetzen. Mögen deshalb die Maurer den Zugang nach Brandenburg fernhalten.

Jahres-Abrechnung der Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Ewigkeit“ von 1896. Einnahmen (inklusive Baarbestand vom 1. Januar 1896: 22.116,15 M.): 472.975 M. Ausgaben: 448.570,25 M. Unter den Ausgaben figuriren: ärztliche Behandlung mit 47.718,65 M., Krankengeld 199.386,40 M., Sterbegeld 18.279 M., Kur- und Verpflegungskosten 16.043,55 M., Verwaltungskosten 46.991,96. Der Reservefonds beträgt 271.251,13 M., das ist 42.000 M. mehr als Ende 1895. — Die durchschnittliche Mitgliederzahl war 15.291. Davon erkrankten 5148 oder 33,67 pCt., davon durch Betriebsunfälle 930 (18,07 pCt. aller Erkrankungsfälle). Die Durchschnittsdauer jedes Erkrankungsfall war 22,12 Tage. Die Krankheitsdauer auf sämmtliche Mitglieder im Durchschnitt berechnet betragen pro Mitglied 7,46. Von 186 im Laufe des Jahres verstorbenen Mitgliedern war bei 102 Lungen- und Brustleiden die Todesursache, 12 sind durch Betriebsunfälle umgekommen.

Bei der Auflösung der österreichischen Eisenbahner-Organisation ist die Behörde noch ein übriges, indem sie über Redaktion, Administration und Expedition des Hochblatts „Der Eisenbahner“ die Sperrung verhängt. Infolge der energischen Intervention der sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Berkau und Keller sowie des Rechtsanwalts Dr. Garpuz ist diese Maßregel jetzt aufgehoben und damit die geistige Verbindung der Eisenbahner Oesterreichs wieder hergestellt.

Das belgische Arbeitsamt berichtet über 10 neue Streiks im Monat Februar, woran beteiligt waren 750 Personen. Die Textil- und Montanindustrie hatten davon je zwei zu verzeichnen. Ursache der Streiks war: Bei dreien die Forderung nach Erhöhung des Lohnes, bei dreien Widerstand gegen die versuchte Kürzung des Lohnes, bei zwei Streiks handelte es sich um die Entlassung des Werkführers, bei einem um Abschaffung von Strafbestimmungen und bei einem schließlich um die Lohnzahlung am Sonnabend, die der Unternehmer auf den Montag verlegen wollte. — Von acht dieser Konflikte, deren Resultate bis jetzt bekannt geworden, endeten drei mit nur theilweisem Erfolg der Arbeiter, fünf gingen für sie ganz verloren.

Im Hafen von Dover an der englischen Küste streiken die Ladearbeiter. Infolgedessen ist, wie die „N. Z.“ mittheilt, der Waarenverkehr mit Calais an der französischen Küste unterbrochen.

Unternehmer-Verbände.

Die Buchdruckereibesitzer in Chur in der Schweiz verpflichteten sich, wie der Leipziger „Korrespondent“ mittheilt, bei 1500 Franken Konditionalstrafe, das dortige Amtsblatt nicht mehr für 500 Fr. zu drucken. Der Stadtrath versprach nun der Firma Schäfer, die an dieser Vereinbarung theilgenommen hatte, alle sämmtlichen Arbeiten zu übertragen, wenn sie das Amtsblatt zu dem genannten Preis übernehme. Trotz der gegenseitigen Verpflichtung ging diese Firma darauf ein, mußte aber auch laut Urtheil des Kantongerichts die 1500 Fr. betrappen.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Schneider und Näherinnen aller Branchen, welche am 30. März in den Kränzhallen tagte, nahm Stellung zu den Aufgaben der Berliner Gewerkschafts-Kommission und deren geplanter Erweiterung. Ein im erläuterte die Resolutionsentwürfe der Genossen Rastner, Müller und Winkler, deren wesentlicher Inhalt planmäßigere Regelung be-

züglich der Streiks will. In der Debatte schlossen sich Daase, Kind, Frau Wengels und Fr. Baader den Ausführungen Timm's an; es wurde betont, daß der Ausschuss der Gewerkschafts-Kommission derartige Beschlüsse haben müsse, die es ihm ermöglichen, bei ausbrechenden Streiks eventuell sofort Stellung zu nehmen. Allgemein sprach man sich auch für Erweiterung der Thätigkeit des Gewerkschaftsbureaus aus und erklärte sich bereit, den auf die Gewerkschaft entfallenden Mehrbetrag für die notwendige Anstellung eines zweiten Gewerkschafts-Beamten zu übernehmen. Die Abrechnung der Agitationskommission gab Jander. Die Gesamteinnahmen betragen 4381,68 M., die Gesamtausgaben 3438,22 M., so daß ein Bestand von 943,46 M. verbleibt. Die Richtigkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassier einstimmig Decharge erteilt.

Die Schuhmacher (Fabrikarbeiter) hielten am Mittwoch in der Königsbühl eine öffentliche Versammlung ab, in der nach kurzer Begründung einstimmig beschlossen wurde, so wie in den Vorjahren den 1. Mai durch strikte Arbeitsruhe zu feiern. Vormittags soll eine öffentliche Versammlung stattfinden und des Nachmittags ein gemeinsamer Ausflug nach Strauß veranlaßt werden. Um sämmtliche Fabriken zur Theilnahme zu veranlassen, werden in den nächsten Tagen überall Fabrikkonferenzen abgehalten. Eine längere Debatte entspann sich hierauf über den Vorschlag der Agitationskommission, für Berlin einen Lokal-Streikfonds, ähnlich wie bei den Bauhandwerkern durch Karten, in welche pro Woche 25 Pf. 50 Pf. Marken eingeklebt werden sollen und womit eine Arbeitslosen-Kasse verbunden ist, zu gründen. Dieser Vorschlag wurde wie Willner in seiner Begründung ausführte, veranlaßt „durch die Stellungnahme des „Vorwärts“ und das Verhalten des Ausschusses der Gewerkschafts-Kommission für die letzte Bewegung der Schuhmacher“. Dieser Vorschlag wurde außer von Willner ebenfalls von Weber, Nowak, Lange und anderen empfohlen, hingegen von Bauer und Hildebrand unter dem Hinweis auf den Zentral-Unterstützungsfonds, wozu die gesammten Schuhmacher Deutschlands Steuern und aus diesen bei Streiks nach Maßgabe der vorhandenen Mittel unterstützt werden, bekämpft. In dieser Diskussion wurde von verschiedenen Rednern angeführt, daß allgemein in den Fabriken eine Mißstimmung über den Verlauf der verflochtenen Bewegung vorhanden ist, daß ihre Kollegen mit dem erzielten Resultat unzufrieden sind und die zu stande gekommene Einigung vor dem Gewerbegericht als eine arge Niederlage für die Arbeiter bezeichnen. Die Beschlüßfassung über die Gründung eines Lokal-Streikfonds wurde des wägen Beschlusses wegen bis zu einer demnächst stattfindenden Versammlung und nachdem in Fabrikkonferenzen diese Frage diskutiert worden ist, vertagt. Unter Verschiedenem wurde darauf hingewiesen, daß die Fabrikanten jetzt mehr als zuvor, sich ihrer Macht bemühen, die Arbeiter in jeder Weise zu drücken. Wie behauptet wurde, sollen, entgegen den Abmachungen vor dem Gewerbegericht, Entlassungen stattgefunden haben, die als Maßregelungen bezeichnet werden müssen; außerdem soll eine Verlängerung der Arbeitszeit auf mehreren Stellen eingeführt sein und der Arbeitsnachweis in derselben willkürlichen Weise, wie vordem, gehandhabt werden. Wie bekanntgegeben wurde, wird die Kommission im Norden in nächster Zeit eine rege Agitation entfalten und zu diesem Zweck mehrere Versammlungen einberufen.

In einer Tabakarbeiter-Versammlung, die am Mittwoch bei Grindel tagte, hielt Reichstags-Abgeordneter Geyer einen lehrreichen Vortrag über „Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung“. In der Diskussion nahmen Börner und Kiesel das Wort. Daraus verlas Rosenthal die Abrechnung der Kommission für die Zeit vom 2. Dezember v. J. bis 31. März d. J. Dieselbe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1873,10 M. Dem Kassier wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Börner wies auf die geringe Beteiligung der Kollegen an den öffentlichen Beiträgen hin und forderte zu größerer Opferwilligkeit auf. Ferner beantragte er, daß alle Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, wenn sie nicht eine wesentliche materielle Schädigung zu erwarten haben, den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern und am Vormittag die Versammlung der Nahrungs- und Genussmittelbranche besuchen, sowie sich an den Veranstaltungen der Wählerkreise betheiligen sollen. Der Antrag wurde debattelos angenommen. Schließlich betraute man die bisherigen Revisoren mit der ferneren Führung ihres Amtes.

Die Kirchenaustrittskommission läßt uns durch Genossen Ad. Hoffmann ein Schreiben zugehen, in dem „berichtigt“ wird, daß der bei dem Referenten der letzten Versammlung Dr. Lütgenau bestandene Irrthum, die Versammlung gehe von der Partei aus, nicht durch sie hervorgerufen worden sei. Eine solche Annahme ist aus unserem Bericht (siehe gestrige Nummer 2. Beilage) durchaus nicht heraus zu lesen, weshalb die „Berichtigung“ nach dieser Richtung ziemlich überflüssig erscheint. Von ebenso nebensächlicher Bedeutung scheint uns die „Berichtigung“, daß Hoffmann und Balde Wranasse sich nicht gegen die „vorwaltend wirtschaftliche Aufklärung“ ausgesprochen und die „Aufklärung“ auf „religiösem Gebiete“ (!) nur „daneben“ verlangt haben. Daß schließlich die Haltung der Versammlung eine andere, als in den sonst von der Kommission arrangierten gewesen sein muß, geht wohl schon daraus hervor, daß sich eine Anzahl Redner mit dem Referenten einverstanden erklärten.

Arbeiter-Bildungsschule. Semester-Ferien bis Mitte April. Die Festschule der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 25, ist wochentags von 4-9 Uhr, Sonntags von 4-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet; die Festschule der Schule N. Brunnenstr. 25, die den Vereinsthätigen zur Vermittlung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 4-9 Uhr nachmittags geöffnet.

*) Wenn wir durch unsere „Stellungnahme“ dazu beigetragen haben, die Theilnehmer zu der richtigen Erkenntnis zu bringen, daß, ehe man es zum Kampfe kommen läßt, für Waffen, in diesem Falle für gefüllte Kassen geforgt sein muß, so kann das uns nur erfreulich sein. Red. d. „Vorw.“

Arbeiter-Bildungsschule. Semester-Ferien bis Mitte April. Die Festschule der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 25, ist wochentags von 4-9 Uhr, Sonntags von 4-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet; die Festschule der Schule N. Brunnenstr. 25, die den Vereinsthätigen zur Vermittlung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 4-9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Bildungsschule. Semester-Ferien bis Mitte April. Die Festschule der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 25, ist wochentags von 4-9 Uhr, Sonntags von 4-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet; die Festschule der Schule N. Brunnenstr. 25, die den Vereinsthätigen zur Vermittlung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 4-9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Bildungsschule. Semester-Ferien bis Mitte April. Die Festschule der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 25, ist wochentags von 4-9 Uhr, Sonntags von 4-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet; die Festschule der Schule N. Brunnenstr. 25, die den Vereinsthätigen zur Vermittlung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 4-9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Bildungsschule. Semester-Ferien bis Mitte April. Die Festschule der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 25, ist wochentags von 4-9 Uhr, Sonntags von 4-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet; die Festschule der Schule N. Brunnenstr. 25, die den Vereinsthätigen zur Vermittlung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 4-9 Uhr nachmittags geöffnet.

Witterungsübersicht vom 1. April 1897.

Stationen.	Barometer-stand in mm. rebarirt auf b. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (50° = 40° F.)
Swinemünde	741	SSW	3	bedeckt	5
Hamburg	740	NO	3	bedeckt	1
Berlin	742	SSW	3	heiter	6
Wiesbaden	739	SO	1	Regen	7
München	744	O	5	halb bedeckt	8
Wien	743	W	2	wolkig	9
Japavanda	741	NO	2	bedeckt	-5
Petersburg	—	—	—	—	—
Forst	743	ONO	4	bedeckt	8
Aberdeen	744	NO	5	wolkig	2
Paris	737	SW	4	wolkig	11

Wetter-Prognose für Freitag, den 2. April 1897. Mild, jedoch ziemlich trübe mit Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Ein alter Abonnent. Sie müssen aus Ihrer Anonymität heraustreten und uns über den Prozeß näheres mittheilen. G. B. B. Wilmersdorf bei Berlin, Kaiser-Allee 113. H. St. Die Fusion zur freiwirtschaftlichen Partei fand am 5. März 1894 statt, die neuerliche Trennung fand am 8. Mai 1893 statt. D. So ganz harmlos, wie Sie meinen, ist das bildsüchtige Benedikt-Eich doch nicht. Und das seltsame Zeug dem deutschen Volk zur Sentenzenfeier amtlich aufgetischt wird, ist doch sicherlich ein für die Charakteristik der Reichsdruckerei gewiß nicht werthloses Zeichen der Zeit.

Achtung! Achtung!
Steinarbeiter.
Die Beerdigung des am 29. März verstorbenen Kollegen
Otto Köberlein
findet am 3. April, nachm. 4 Uhr, von der Charitee-Beichenhalle (Rauhenstraße am Neuen Thor) aus statt.
Um rege Betheiligung erucht
172/13 **Der Vertrauensmann.**
Die Beerdigung gegen Schröder nehme ich zurück.
1335b **F. Schreiber.**

Restaurant und Festsäle
V. Julius Wernau
Schwedter-Str. 23-24
Empfehle meinen Saal, 500 Personen fassend, zu Versammlungen u. Festlichkeiten. Einige Sonnabende u. Sonntage (auch der 1. Mai), sind noch im kommenden Sommer zu vergeben.
Empfehle allen Freunden u. Bekannten
Mein Weiss-, Bairischbier- und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abends 2 la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen.
H. Stramm, Hief, Ritterstr. 123.

Allgemeine Kranken- u. Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.
(E. G. 88, Hamburg, Berlin, Bezirk D.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Carl Liebau
am 30. März verstorben ist. (Für seinen Antheil) Die Beerdigung findet am Freitag, 2. April, nachm. 4 Uhr, von der Beichenhalle des Wolfgang-Kirchhofes, Vorluststraße, aus statt.
1339b **Die Ortsverwaltung.**

Allgemeine Kranken- u. Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.
(E. G. 88, Hamburg, Berlin, Bezirk D.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Carl Liebau
am 30. März verstorben ist. (Für seinen Antheil) Die Beerdigung findet am Freitag, 2. April, nachm. 4 Uhr, von der Beichenhalle des Wolfgang-Kirchhofes, Vorluststraße, aus statt.
1339b **Die Ortsverwaltung.**

Franzose und Russe,
20 bis 25 Jahre, Osten wohnend, zum fremdsprachlichen Verkehr gesucht.
1336b **Andersjeffsky, Roppenstr. 63.**

No. 7. Molkenmarkt No. 7.
Empf. mein Vereinszimmer u. Piano.

Typographia
Gesangsverein Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer
(Dirigent: W. Böke.)
Sonntag, den 4. April 1897,
in der **Brauerei Friedrichshain (Lips):**
Volkslieder-Abend
unter gütiger Mitwirkung des Herrn **Albrecht Löffler** (Violoncellvirtuose), **Max Fröhner** (Klaviervirtuose), und des Kollegen **Rich. Pape** (Sänger).
1334b **Anfang präzis 6 1/2 Uhr.**
Entrée im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 50 Pf., Kinder 15 Pf. Vorverkauf-Billets sind auf der Verwaltung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, Ritterstr. 89, II, in der Wustfaltenhandlung von **Richard Kann**, Grüner Weg 17, bei Herrn **Jensen**, Weidmarkt 23, bei Herrn **Otto Bräuner**, Gartenstr. 63, in der **Verkaufsstelle des „Vorwärts“**, bei Herrn **Reitermann**, Sandstr. 45, bei Herrn **Siewert**, Gräberstr. 69/70, **Freitag** im **Lesungsal** des Vereins (Cohn's Hofställe), sowie in allen mit Plakaten belegten Verkaufsstellen zu haben.
Nach dem Konzert: **Ball.**
Herrn, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Das **Kaufen vor** und **während** des Konzerts sowie das **Reverieren der Plätze** ist nicht gestattet. **Der Vorstand.**
Beizits-Geschenke.
Einzel-Verkauf von Uhren u. Goldwaren zu Fabrik-Preisen.
C. Giesen, Dranienstr. 171 (Eingang vom Thur).
Fahen-Geschenke.

Cognac
selber zu machen,
Dr. Mellinshoff's Cognaceffenz
Es ist die beste bisher existierende Cognaceffenz und erzielt man damit durch Zusatz von seinem Weingeist u. Wasser einen wohlbestimmten schmackhaften Cognac, dessen Güte am besten durch den stetig zunehmenden Konsum der Effenz bewiesen wird. 11133*
Da Nachahmungen existiren, welche die Cognaceffenz nur in Wirklichkeit bringen, so kauft man nur **Dr. Mellinshoff's Cognaceffenz.**
Verkauft in den bekannten Droguengeschäften. **En gros: Apotheke Zum weißen Schwan - C. Spandauerstr. 77.**
Vereinszimmer zu vergeben. (Ritterstr. 89)

Karlsruher Arbeiter.
geübt, verlangt **Emil Grewow,**
Grüner Weg 104. 13306
Schweiz.
Glasbläser gesucht.
Borarbeiter für größere Glasbläserei für dauernde Stellung bei gutem Lohn gesucht. Offerten mit Angabe der Wohnanschrift sub Chiffre OF 1302 an **Carl Hübl, Knonauer, Zürich.**
Bekanntmachung der Buchbinderei Wackerstr. 24.
Tassen und Buntarbeiten verlangt **Borch, Hauptstr. 7, Hof 4 Tr.**
Arbeiter auf Wäsche und Sammt-Pantoffel, gemendet, außer dem Hause, werden verlangt.
Th. Simon & Co., Neue Königsstr. Nr. 39.
Junge Mädchen können Damen-schneideri unentgeltlich erlernen bei **Frau Timmermann, Ramlertstr. 34.**
Goldflecken. 13415
Wichtige Bergarbeiterinnen finden dauernde Beschäftigung bei **Frau Timmermann, Ramlertstr. 34.**
Einen Klempnerlehrling verlangt **Bogt, Wälderstr. 150a.**
Tüchtige Eisen- u. Metalldeh. für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn, sofort gesucht. Wohnung auf dem Berge. **Grube Victoria bei Groß-Röhrig, H. G.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 2. April.
Obernhaus. Ein Kriden. Die Einführung aus dem Scenik. Schauspielhaus. 1812. Deutsches. Die verurteilte Glocke. Berliner. Dorf und Stadt. Verding. Die Ehre. Neues. Ma Cousina. Weiden. Korpsegeit. Weidens. Affactes. Juden. Die Fledermaus. Thalia. Frau Neutnant. Schiller. Die gerechte Welt. Neutral. Ein ideler Abend. Volks. Von Stufe zu Stufe. Friedrich. Wilhelmshäufisches. Don Carlos. Alexanderplatz. Die Tanzfrida. Rhein. Klein Geld. American. Lumpen-Waßpiel: Ritter Benna von Schredenstein. Passage-Panoptikum. 32 Mädchen aus Samoa.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: Die gerechte Welt.
Sonntag, abends 8 Uhr: Ein Wintermärchen.

Ostend-Theater.
Dr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weiss.
Heute: Zum ersten Male: Klein Geld. Pöffe mit Gefang in 3 Akten von F. Popl. — Anfang 8 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Berlin, wie es weint und lacht. Abends: Klein Geld.

Volks-Theater
34. Reichenberger-Strasse 34.
Verdehnung: Kottbuser Thor.
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild in 4 Akten von Dr. Hugo Müller. — In Vorbereitung: Hoptenraths Erden. Volksbild mit Gefang in 5 Akten von F. Willens.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Thalia-Theater.
(vormals Adolphs Grub-Theater).
Frau Neutnant.
Schauspiel in drei Akten von Paul Ferrier und Antony Mars.
Deutsch von Hermann Hirschel. Musik von G. Serrette und H. Roger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Frau Neutnant.
In Vorbereitung: Die Drillingssünder. Schwanz in drei Aufzügen von Grand.

Alexanderplatz-Theater.
Alexanderstr. 40.
Heute und die folgenden Tage: Schauspiel des urkomischen Bendiz. Die Tanzfrida.
Berliner Pöffe mit Gefang und Tanz in 3 Akten (4 Bildern) von Heinrich Wiffler. Musik von Albert Wicker.
Kleine Preise.
Anfang 8 Uhr.
Sämmtliche ausgegebenen Bonds behalten ihre Gültigkeit.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr, zu kleinen Preisen: Genoveva. Märchen-drama in 5 Bildern v. Curt Maurice.
Wilted sind ohne Vorbestellung schon drei Tage vorher an der Theater-kasse zu haben. Sonntags 11—1 Uhr und abends von 7 1/2 Uhr an.

Friedrich Wilhelmstr. Theater.
Gebauestr. 25/26.
Heute: Don Carlos. Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich von Schiller. — Anfang 8 Uhr.
Sonntag, zum ersten Male: Ferdinand von Salk. Vaterländisches Schauspiel in 5 Aufzügen von Hermann Becken.
Wilted sind schon drei Tage vorher ohne Vorbestellung an der Theater-kasse zu haben. Außerdem im Jubiläumskontext, Unter den Linden 24, bei Paul Komeid, Leipzigerstr. 6, und Julius Bengensfeld, Warschauerstr. 50.

Central-Theater.
Alle Jalousie. 30. Dir. Alf. Schulz.
Zum 57. Male:
Ein ideler Abend.
Beste dramatische Novelle in einem Schauspiel und 3 Bildern v. J. Freund und H. Raunhardt.
Musik von Julius Gindshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Ein ideler Abend.
Schluss der diesjährigen Saison Sonntag, den 18. April cr.

Apollo-Theater.
Vollständig neues Programm und neue, unergleichen Bilder-Zerie des **Kinetograph** und war: Pariser Karnevalzug. Der berühmte Zeichner Jigg. Der Niagara-fall im Winter (hochinteressant). Russische National-tänzer. Ein Traum.
Mit Eveline Gharbo.
Station Warschauerstrasse.
Zentener-Feier:
1. Färsenballe.
2. Vorbemerkung der Truppen.
Das Sensationsbild: Endlich allein! und
12 neue Debuts.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Auf. 7 1/2 Uhr.

Urania, Tauben-Strasse
No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Sternwarte
Jubiläumstr. 57/58
Vener Städtische
Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater-Saal täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Experi-
menten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesausgabe.

Passage-Panoptikum.
32 Mädchen aus Samoa.

Castan's Panoptikum.
Die beiden Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Wettswimmen.

Feen-Palast, Burg-Strasse 22.
Direktion Winkler & Fröbel.
Künstler-Perjonal
Zum ersten Male:
Ein schwarzes Wiegenkind.
Komische Operette, unter Mitwirkung des Direktors Wilhelm Fröbel.
Berlangertes Gastspiel der lebenden Photographien mit dem Sensationsbild:
Endlich allein!
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 30 Pf.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Münchstr. 42/43.
Täglich: **Großes Konzert**
von vollbestimmten Orchester und
Extra-Vorstellung.
Nur
Künstler ersten Ranges.
Anf. Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree 30 Pf. reiner. Platz 50 Pf.
nummeriert. Speerstr. (Sonntags) 75 Pf.
Die Direktion.
Nur noch kurze Zeit.

Circus Renz
Karlstrasse.
Jubiläum-Zeison 1896/97.
Freitag, den 2. April 1897.
abends 7 1/2 Uhr:
Unvergleichliche Vorstellung.
Durchschlagender Erfolg.
Aus der Wappe
eines
Niefengebirgs-Phantafen.
Auerberm: Götterburg, sprengt
Dengl, vorgeführt von Frau Robert
Renz. Rajad und Atharguel, arab.
Festge, bestiet und vorgeführt von
Herrn Hugo Heras. Ritter der
Schulreiterin Frä. Wally Renz mit
dem Schutzhilde Cromwell und dem
Steiger Alp. Die vorzüglich. Akrobaten
Herrn Wischele und Sandro. Kul-
turen des Schulreiters Hr. Gaberler
mit dem Schutzhilde Prinz. Hoch-
und Weitsprünge über 6, 8 und
10 Werde, ausgeführt von den besten
Springern der Gesellschaft.
Morgen: Aus der Wappe eines
Niefengebirgs-Phantafen.

Circus Busch
Bahnhof Börse.
Schluss der Saison am 15. April.
Freitag, den 2. April 1897.
abends 7 1/2 Uhr:
Große humoristische Vorstellung.
Alle Klowns mit neuen Späßen.
100 Klowns, männl. u. weibl. 100.
Daniels Welt, komische Szene des
Wagen-Klowns Hr. Alf. Daniels.
The O'Leary's, orient. burleske
Akt. 4 arabische Schimmelreiter als
Schaufelreiter, 6 Tänzerin Denglge,
dres. u. vorgef. vom Direktor Busch,
Leopard, moftend. Bauernpferd, dres.
und per. vom Herrn Hottitt Burg-
hardi. Zum Schluss:
Nach Sibirien.
Morgen: Jubiläum-Vorstellung.
Zum 100. Male: Nach Sibirien.
Sonntag 2 Vorstellungen. Nach-
mittags 4 Uhr: Jüden. Abends
7 1/2 Uhr: Nach Sibirien.
1. und 3. Osterfeiertag, sowie Sonn-
abend, 1. Mal, abends, zu vergeben.
B. Nieft's Festfale.
17. Weberstr. 17. 1903

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Täglich: **Große Theater- und**
Spezialitäten-Vorstellung.
Das beste Programm d. Nordens.
Neu! Troupe Richard! (1 Herr,
1 Dame, 1 Kind) Akrobaten.
Neu! Kathi Richter, Turalienne.
Neu! Long und little Adolfs,
Tanzduettisten.
Neu! Eingelagter Dichter.
Pöffe.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Umfang: Billets haben Gültigkeit.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstr. 97.
Berlin, wie's baut und frad!
Bilder aus dem Volksleben v. G. v.
Der letzte Fang.
Operette von Runge v. Vandwehr.
Im vorberem Saal täglich:
Theater-Konzert Alois Ebner.
Anfang: 8 Uhr. Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112.
Heute
sowie jeden Montag u. Freitag:
Stettiner Sänger
(Mehel, Pietro, Vritton, Zeidi, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Neues Programm!
Donnerstag, den 8. April:
5000. Soirée
ber
Stettiner Sänger in Berlin.

Arbeiter-Sicherheits-Normal-Anzüge.
Completa M.
halten ein ganzes Jahr,
sind absolut waschecht.
Einzigster Schutz vor dem
Erfasstwerden rotierender
Maschinentheile.
Wichtiger als das Mar-
kenkleben. Angabe ob
klein, mittel, gross, extragross. Halb-Invalide
werden als Agenten angeeiclit.
H. Lion, Düsseldorf.

Sophastoife
und **Reffe**
in Rijs, Damast, Crepe,
Phantafie, Gobelin und
Plüsch spottbillig!
Proben franko!
In allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Länjerstosse
Emil Lefevre, Cranienstr.
Nr. 158.

Die weltbekannte Bettfedern-fabrik
Geflügel-Fabrik, Berlin, Prinzen-
str. 46, versendet gegen Nachnahme
garant. neue Bettfedern d. Pfd. 55 Pf.,
diesjährige Goldannen d. Pfd. 8.125,
bessere Goldannen d. Pfd. 8.125,
vorzügliche Dunnen d. Pfd. 2.255.
— Von diesen Dunnen gewogen
3 1/2 Pfund zum gewöhnlichen
Verbrauch fert. Preis u. Proben
gratis. Bitte Anfertigungstr.

Gardinen-Rester-Ausverkauf
Älterer Muster in weich und crüste in
1-4 Tennen vorkend, spottbillig in dem
Gardinenfabrik-Lager
Berlin O., Grüner Weg Nr. 80
part. Eing. vom Hrn. Rein Laden).
Reihetten treten täglich ein.
Proben nach außerhalb portofrei.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

R.F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter ist aus passenden Kräutern abdestillirt befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.
In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.
Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Schäftebranche.
Berein deutscher Schuhmacher
Filiale V. 185/15
Sonntags, d. 3. April, abends
8 1/2 Uhr, bei Babel, Reichenhofer-
str. 57: **Versammlung.**
Hugo Lehmann's
Weiß u. Weiß-Bier-Kofal,
Duttmannstr. 10. Thurnerstr. 3
Bereinszimmer in Piano zu 10-20 u.
20-40 Pers. I. Bergangereine, Zählstellen
u. f. w. Fernsprecher, Amt II Nr. 1390.

Niemand sollte verjäumen
bei Bedarf
Brunnen-Strasse 110
(neben dem Pferdebahn-Depot) von
Jgnatz Sello zu beziehen:
Reichs-Maitraut, 1/2 Pf. inkl. 50 Pf.;
alten Nordhäuser per Liter 50 Pf.;
hochfeinen Siondorsper inkl. Orig. Pf.
(1/2 Liter) 80 Pf. Sals u. Sals,
feinere Einförmigkeit, per 1/2 Cham-
pagner-Bischof inkl. 99 Pf., Ingwer-
Pfefferminz u. f. Pfeffer 1/2 Liter
inkl. 1.10 Pf., 1/2 Liter inkl. 55 Pf.,
Süßholz u. Kirsch-Zeit, rein und
dies eingedocht, per Liter 1.10 Pf.,
früh. Ungarwein, Orig. Pf. (1/2 Liter)
von 90 Pf. an, sowie sämtliche
Sorten Weine, Cognac, Rum etc.
Spirituosen im Einzelverkauf, auch
eingemessen nur zu Engrospreisen.
Billigste Bezugsquelle. Bitte
kommen auf Nr. 110, Brunnenstr.
Nr. 110 zu sehen.

Sophastoife-Reffe
zu Bezügen ausreißend,
in Phantafie,
Rijs, Damast, Crepe,
Gobelin, Moquette und
Plüsch, sowie Zettelstaschen
spottbillig.
J. Adler,
Leipzig-Gaus,
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhaus.
Mittlerer Preislisten gratis u. franko.
Verwaltung der Kochanstalt
Stadt, Schlachthof

Täglich (Sonntags vorm. von 7 bis
9 Uhr) Verkauf von:
Gehochtem Rindfleisch
à 30 und 35 Pf. per Pfund.
Gek. Schweinefleisch
à 40 Pf. per Pfund.

die Mehlhandlung
von Rudolph Habermann,
früher L. Brachvogel, Wan-
tenstr. 75, empfeilt befehend:
Bienenmehl à Pfd. 20 Pf., 1/2 Str. 2.35 Pf.
B. Weizenmehl 16 " 0.90
Weizenmehl 14 " 0.75
Roggenmehl 14 " 0.75
Pochleine große Rostinen, à Pfd. 55 Pf.
Große Rostinen 40 Pf., Corinthen 30 Pf.
Feinre Zuckerkuchen, à Pfd. 40 u. 45 Pf.
Süße Mandeln, feine Kola, 90 Pf.
Süße Mandeln Ia Bari, 70 Pf.
Bittere Mandeln, f. Stahl, 90 Pf.

Achtung! Töpfer!
Gute Töpferheute sind zu haben
d. Siles, Pallasenstr. 57. (1342b)
Achtung! Achtung!
Künstliche Zähne von 3 R. an,
Tiefz. wohnt. 1 R., wird abgeholt.
Zahnziehen, Zahnreinigen, Nerventöten
bei Bestellung namlos.
Vauhterstr. 2, Gfasser-
str. 12, Steglitzerstr. 71 I.

Bereinszimmer für 15-20 Pers.
mit Klavier zu
vergeben, Schillingstr. 35a.
Restaurateure
erhalten die neuesten Musikinstrumenten
billig bei **Aug. Kessler,**
1096b
Lützowstr. Nr. 52.

Geschäfte jeder Art, sichere
Griffenzen, verkauft, Reanderstr. 16.
Wohnungs-Einrichtung,
neue, beste Arbeit, spottbillig ver-
käuflich, Admiralstr. 8, vorn I. links.
Charlottenburg, Christstr. 20, Kauf-
str. nahe Westend, Schöner Laden u.
m. Wohn. u. gr. Keller sof. bil. u. v.
Kunstl. Mädchen mit Bett können
bei allfäll. Frau einmosen. Näh.
Sonntag oder abends Strausberger-
str. 33, Hof 3 Tr. rechts. 1343b
Möbl. Schlafst. f. 2 Pers., Kaufman-
str. 45, vorn 3 Tr. gerade. 1445b

Arbeiter-Bildungs-Schule

Freitag, den 9. April, abends 7/9 Uhr,
in den Armnhallen (oberer Saal), Kommandantenstr. 20:
Ordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Durch
welche Organisationsform wird § 2 des Statuts am
vollkommensten erreicht? 3. Diskussion. 4. Eventuelle
Statutenänderungen. 5. Neuwahlen. 5/18
Jahreskarte oder Mitgliedsbuch legitimirt.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet zahlreichen
Besuch **Der Vorstand.**

Anarchisten! Sozialisten!
März-Feier
am Freitag, den 2. April, abends 7/9 Uhr, in Renz
Salon, Naunynstrasse 27:
Fortsetzung des Referats vom Gen. Dempwolf über:
Die Bedeutung des 18. u. 22. März.
Arbeiter und Genossen! Trotz polizeilicher Kündigung und
Ehlfanen findet nunmehr die 4. Versammlung statt. Geweist Gute Sym-
pathe durch zahlreiches Erscheinen! 1340b
Franz Kertzcher.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Genie, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Reuthstr. 20/21:
Sizung der Ortsverwaltung. 88.3
Achtung, Osten! Die Zahlstelle Langestraße 65 ist
verlegt nach der Kleinen Andreastraße 11 bei Neumann.

Tischler-Verein.
Am Sonntag, den 3. April, abends 9 Uhr, Reuthstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.
198/16

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin).
Sonntag, vormittags 11 Uhr, Inselstr. 10:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Regelung des Begräbnis-
wesens. 3. Regelung der Expedition. 4. Verbandsangelegenheiten. 32/14
Keine Mitglieder werden aufgenommen.

Achtung! Maurer. Achtung!
Am Sonntag, den 4. April, vormittags 10 1/2 Uhr, in Cohn's
großem Saal, Reuthstr. Nr. 20-22:
Mitglieder-Versammlung
der Filiale II Berlin des Zentralverbandes deutscher Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Berichtserhaltung der Delegierten vom 4. Verbandstage des Zentral-
verbandes deutscher Maurer. 2. Reuward des Ausschusses. 3. Gewerkschaftliches.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung gemäß ist es Ehrenpflicht jedes
Mitgliedes, diese Versammlung zu besuchen. 136/17
Die Lokalverwaltung.

Achtung, Püher!
Sonntag, den 4. April 1897, vormittags punkt 11 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
des Zentralverbandes deutscher Maurer (Zil. I Berlin Püher)
im Lokal Kommandantenstr. 20 (Armnhallen).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Kassiers vom 1. Quartal. 2. Bericht vom 4. Ver-
bandstage und Wahl von 4 Aufsichtsratsmitgliedern. 3. Stellungnahme zur
Vorbewegung. 4. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes.
Zu gleicher Zeit werden die Kollegen ersucht, ihren Wohnungswechsel
beim Kassier August Kelpin, Deimingerstr. 25, Vorlat II, anzugeben;
alle übrigen Angelegen sind zu richten an den Vorhenden **Gustav**
Lehmpfahl, Wöllnerstr. 24. 134/14

Actienbrauerei Hohen-Schönhausen
Hohen-Schönhausen bei Berlin NO.
Telephon: Amt Friedrichshagen, No. 83.
Den Herren Gastwirthen empfehlen wir unsere an den besten
Materialien hergestellten, wohlschmeckenden und gutbelumteten Biere
und zwar:
Lagerbier (goldgelb),
Pilsener Bier (hell, nach Pilsener Art),
Exportbier (dunkel, nach Münchener Art)
in amtlich geprüften Gebinden zum Retailpreise
von 15 Pf. per Liter
frei Haus resp. frei Bahnhof Berlin.
Auf die vielfachen, von Privaten an und ergangenen Aufträgen
erwidern ergebnis, daß wir unsere Biere, auf Flaschen gezogen, nicht
abgeben.
Die Direktion:
Wilh. Starck, Siebert.

Hüte Kontrollmarke
(nur aus der Genossenschafts-
Hutfabrik bezogen) verkauft
im einzelnen zu Engrospreisen
billiger als jede Konkurrenz
Oscar Arnold,
Hut-Engros-Geschäft,
116 Dresdenerstr. 116 am Cranichplatz.
Rein Baden.

Sonntags: Restor-Berkauf!
Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Brenner & Cie.,
Alte Jakobstrasse No. 57-59.

Betten, Steppbed, Gardin, Bor-
polster, Säße, Kuzüge, Hosen, Regu-
latur, Neuworturbr, Goldwahr, spott,
Pfandliehe Reanderstr. 6. bei.
Der Gesamt-Anfrage unseres
heutigen Waites liegt ein Pro-
spekt des Geschätsbüros Ferd.
Neumann, Leipzigerstr. 51,
bei.